



Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Widerstand in Tschechien	2
Kampf um Diego Garcia	3
Italiens Friedenskräfte bleiben am Ball	4
Der Kalte Krieg um Kopf und Herz	5
Sechzig Jahre Weltjugendfestspiele	6
Neue Hoffnung für die «Miami Five»?	7
Agent Orange vor Gericht	8



US-Flugwaffenstützpunkt Suwon in Südkorea: Einer von über 1000 Stützpunkten fremder Staaten auf fremdem Gebiet. Wir widmen dem Thema der Waffen- und Raketenbasen anhand verschiedener Beispiele einen Schwerpunkt dieser UW. Foto USAF/Cheung

Die harmlosen Raketen der USA in Osteuropa

Operation Splinterfactor 2

Die «Operation Splinterfactor» der CIA 1947–49 (so auch der Titel des Buches von Stewart Steven von 1974) war eine der geheimsten und erfolgreichsten «verdeckten Operationen» der USA gegen die sozialistischen Länder Osteuropas. Sie führte zur Schwächung des «Ostblocks» und zu einem lang andauernden Misstrauen zwischen seinen Ländern.

Heute scheint es aus amerikanischer Sicht offensichtlich nützlich, sich des Erfolgs solcher Operationen zu erinnern. «Divide et impera», «Teile und herrsche» war schon immer eine probates Herrschaftsinstrument von Imperien.

Von Matthias Goldschmidt

Niemand hat die Leitlinien der US-Globalstrategie klarer auf den Punkt gebracht als Zbigniew Brzezinski. In seinem 1997 erschienenen Buch «Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft» schreibt Brzezinski:

«Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf. (...)

Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann... Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird...

Ein halbes Jahrtausend lang haben europäische und asiatische Mächte und Völker in dem Ringen um die regionale Vorherrschaft die Weltgeschichte bestimmt. Nun gibt dort eine nichteurasische Weltmacht den Ton an – und der Fortbestand der globalen

Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann.»

Ausstieg aus der Abrüstung, Bruch von Verträgen, neue Raketen Die US-amerikanischen Pläne, in Osteuropa neue, hochmoderne Raketenbasen zu errichten, und zwar ohne die Mitsprache der Nato (und damit Deutschlands und Frankreichs), ausschliesslich mittels bilateraler Verträge mit Polen und Tschechien, hat in Europa zunächst nur ungläubiges Kopfschütteln hervorgerufen. Bei Russland allerdings weit mehr: Verbitterung. Dort erinnerte man sich nämlich an die Versprechen von Reagan und Bush senior gegenüber Michail Gorbatschow, dass die Nato und insbesondere ihre militärischen Strukturen (wie Raketenbasen) keinesfalls über die bestehenden Linien hinaus nach Osten vorgeschoben würden.

Diese grundlegende Abmachung zur Beendigung des Kalten Krieges, die immerhin wenigstens eine Art von teildemilitarisierter Zone in Osteuropa als Sicherheit für die Sowjetunion hinterlassen hätte, wurde nach kurzer Zeit gebrochen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...

Als erstes wurde das Übernahmegebiet (die ehemalige DDR) voll der Nato unterstellt und mit Nato-Waffen aufgerüstet. Dann kam die Eingliederung der osteuropäischen Länder, allen voran 1999 Polens, Tschechiens und Ungarns, in die Nato – gefolgt von Milliardenkosten der Umrüstung dieser Armeen auf hauptsächlich US-amerikanische Waffensysteme. 2004 folgten mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und den drei baltischen Staaten sieben weitere mittel- und osteuropäische Länder. Das schmerzlichste für Russland dabei war natürlich die Nato-Eingliederung der drei ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken.

Aber das war noch nicht alles. Russland war schliesslich noch ein gewaltiges Potential an strategischen Waffen, vor allem an land- und seegestützten atomaren Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen geblieben. Dieses Potential galt und gilt es (aus amerikanischer Sicht) zu untergraben und schliesslich unwirksam zu machen. Erst dann kann sich die amerikanische Überlegenheit auf dem eurasischen Kontinent voll auswirken.

Es war offensichtlich, dass Russland eine neue Spirale des Rüstens weder ökonomisch noch wissenschaftlich-technisch würde mitmachen können. Selbst wenn der politische Wille dagewesen wäre, sich den US-amerikanischen Plänen entgegenzustellen. Die Amerikaner waren sich ihres gewaltigen Vorsprungs in der Waffen- und Weltraumtechnik sicher.

Deshalb versuchten sie nun, Schritt für Schritt das verbliebene russische

Fortsetzung Seite 2

Waffenschutz-Initiative lanciert

Stopp dem Waffenmissbrauch

Die Bevölkerung will den Umgang mit Schusswaffen strenger regeln. Die 2,3 Millionen Waffen, die heutzutage in der Schweiz praktisch unkontrolliert im Umlauf sind, stellen für die Gesellschaft und insbesondere für Frauen eine untragbare Gefahr dar. Unter dem Druck der Waffenlobby weigerte sich aber das Parlament, griffige Massnahmen gegen den Waffenmissbrauch zu ergreifen. Deshalb wurde anfangs September eine Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt lanciert, die von rund 60 Organisationen getragen wird.

Von Chantal Galladé

Derzeit wollen viele Politikerinnen und Politiker «Sicherheit schaffen» für die Schweiz. Ich frage mich: Welche Sicherheit meinen diese Leute? Wir sprechen von der Sicherheit all jener Menschen in unserem Land – Frauen, Kindern, aber auch Männern – die sich nicht sicher fühlen, wenn sie wissen, dass in fast allen Haushalten in der Schweiz eine Armeeschusswaffe griffbereit steht.

Wir kennen die Familiendramen, in denen Armeewaffen im Spiel sind. Wir kennen die Fälle, in denen Menschen in einer Kurzschlusshandlung auf ihre Familie, Freunde oder auf Menschen auf der Strasse schiessen. 300 Personen sterben laut einer Hochrechnung von Kriminologe Martin Killias jährlich durch Schüsse aus Armeewaffen. Es sind teils Suizide – die Schweiz hat eine der höchsten Selbsttötungsraten der Welt. Es sind

aber auch erweiterte Suizide, meistens Familienmorde. Auch in diesem Bereich belegt die Schweiz gemessen an ihrer Bevölkerung weltweit einen Spitzenplatz. Nicht erfasst sind die unzähligen Bedrohungen mit der Schusswaffe.

Das zu verhindern, heisst Sicherheit schaffen. Das zu verhindern ist die Aufgabe der Politik und Verantwortung des Staates. Die Lösung ist selten so einfach und kostengünstig wie diesmal. Die Armeewaffe muss verpflichtend im Zeughaus gelagert werden, wie dies heute auf freiwilliger Basis schon möglich ist. Für Sportschützen, die ihre Waffe zum Ausüben ihres Sports benötigen, soll eine Ausnahmeregelung gelten. Wir nehmen also niemandem etwas weg, sondern wir fordern mit unserer Volksinitiative nur einen anderen Aufbewahrungsort der Armeewaffe.

Fortsetzung Seite 5

Schwarze und weisse Schafe

Wir alle wissen: Schafe blöken und im Oktober sind Nationalratswahlen. Schafe blöken zwar unabhängig von Wahlen, aber die meisten Ratskandidaten geben sich in dieser Zeit lammfromm und essen trotzdem Lammfleisch. Wer populär sein will macht sich die Schafe zu nutze und blökt.

Wer aber die Wahl gewinnen will, tut so als sei er ein weisses Schaf und lässt alle schwarzen Schafe zum Teufel gehen oder treibt sie mit Hammelkeulenhieben aus dem Land.

Nur wie ist das eigentlich in der Wirklichkeit mit den Farben der Schafwolle? Bitte vergewissern Sie sich selbst auf Ihrem nächsten Spaziergang. Sehen Sie sich eine Schafherde genau an! Sie werden weder schwarze noch rein weisse Schafe finden. Die schwarzen Schafe zum Beispiel sind braun, andere haben irgendwo einen Flecken und die weissen Schafe sind irgendwie doch nicht so weiss. Die Metzger und Scherrer übrigens kümmern sich einen Deut um die Farbe der Schurwolle. Sollten Sie in einer Herde trotzdem ein richtig weisses Schaf finden, passen Sie auf, darunter könnte sich ein echter brauner Wolf verbergen.

Normalfarbige Schafe sind harmlos, die braunen Politiker aber gefährden den Frieden und unsere Gesundheit. Müsste somit nicht bei jeder SVP-Propaganda eine schwarzumrandete Warnung mitgedruckt werden, ähnlich wie bei den Zigarettenpackungen?

«Unsere Welt» bedroht weder Frieden noch Gesundheit. Trotzdem wäre vielleicht ein Warnhinweis angebracht: «Kann Ihre Finanzen gefährden!» Weil wir nämlich auf Ihre Spenden angewiesen sind. Immer wieder. Auch heute: Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7

Es dankt ganz herzlich:

Ruedi Moser, Sekretär SFB



US-Rakete auf dem Weg ins Abschuss-Silo von Fort Greely in Alaska. Foto Boeing

Fortsetzung von Seite 1

Potenzial zu untergraben. Dazu gehörte einerseits die Wiederbelebung des bei den Neokonservativen so beliebten Star-Wars-Konzeptes aus der Reagan-Ära, also der Satellitenwaffen bzw. der weltraumgestützten Angriffs- und Antiraketenwaffen, andererseits ein noch älteres Konzept aus den sechziger Jahren, nämlich den Abschuss anfliegender Raketen durch eigene Antiraketen, im militärischen Jargon ABM genannt: anti-ballistic missiles.

So haben die USA 2002 einseitig den ABM-Vertrag gekündigt, der es bis dahin den Vertragspartnern USA und UdSSR (bzw. Russland als Nachfolgerstaat) verboten hatte, eine Raketenabwehr aufzubauen (mit Ausnahme je eines Verteidigungsringes um die Hauptstädte). Diese Kündigung bedeutet nichts weniger als ein weiterer einseitiger Bruch eines internationalen Vertrages durch die USA.

«Ach, ein Raketenabwehrschild, das ist doch rein defensiv!», werden naive Gemüter einwenden. Nein, ist es eben nicht. Eine funktionierende Raketenabwehr hintertreibt nämlich das «Gleichgewicht des Schreckens», die Situation also, in der die Nuklearmächte vom Ersteinsatz von Nuklearwaffen dadurch abgehalten werden, dass der potentielle Gegner selbst nach einem nuklearen Erstschatz noch vernichtend zurückschlagen könnte.

Das US-Militär errichtete bereits in Fort Greely in Alaska ein erstes Raketenabwehrsystem. Im Rahmen der nationalen Raketenabwehr sollen bis zu 40 Raketenbunker in den Vereinigten Staaten gebaut werden. Auf den Aleuten, einer zu den USA gehörenden Inselgruppe zwischen Beringmeer und Pazifischem Ozean, wird gegenwärtig eine Radarstation eingerichtet, die schon im Sommer einsatzbereit sein soll. Und ein schwimmender Superradar wurde von Alaska vor das russische Kamtschatka verlegt.

Ein harmloses Projekt?

Eine neue Qualität in dieser Richtung ist nun das Ansinnen, einen Teil des US-amerikanischen «Schildes» und damit verbundener militärischer Strukturen nicht mehr nur in den USA zu realisieren, sondern in Europa zu stationieren.

Beim Vorgehen war den US-Amerikanern klar, dass es in Westeuropa starke Widerstände geben würde, gerade bei den Regierungen, die nach dem Kalten Krieg endlich das grosse Geschäft mit Russland machen wollen und auf gute Beziehungen angewiesen sind. Da erinnerte man sich an die «guten Freunde» vor allem in Polen und Tschechien, die man schon einmal so wunderbar gegen das «alte Europa» instrumentalisieren konnte.

Also versuchte man, das Projekt der Aufstellung eines neuen ABM-Raketensystems als bilaterale Angelegenheit zwischen den USA und Polen bzw. Tschechien darzustellen. Scheinheilig behauptete man, dass das die

Nato und Europa als Ganzes ja nicht betreffe. Und daher hätten eben auch die anderen Europäer nichts dazu zu sagen. Es war somit klar, dass bereits hier der erste Spaltpilz lauerte.

Radar und Raketen

Worum geht es im einzelnen? In Tschechien wollen die US-Militärs eine supermoderne, weitreichende Radaranlage errichten, die bis zu 5000 km weit «horchen und spähen» kann (sogenannter X-Radar) und in Polen eine Raketenbasis mit zunächst 10 hochpräzisen Abfangraketen, die mit der Radarstation in Tschechien ein System bilden.

Die Behauptungen der Amerikaner, dass die Radaranlage in Tschechien und die zehn Abfangraketen in Polen keinerlei Gefahr für Russland darstellen und gegen «Schurkenstaaten» wie Nordkorea und Iran gerichtet seien, sind mehr als unglaubwürdig.

Nordkorea liegt weit weg von Europa. Selbst wenn es Raketen auf die USA abfeuern würde, würden diese nicht über Europa fliegen. Auch Iran kann bei Bedarf eine andere Flugbahn wählen, zum Beispiel über den Nordpol schiessen, wo die in Polen stationierten Abfangraketen keine Chance hätten. Mehr noch: Weder Nordkorea noch Iran besitzen derzeit überhaupt Raketen, die die USA erreichen könnten, und werden in den kommenden 20 bis 30 Jahren auch keine haben.

Es liegt der Schluss nahe, dass die US-Raketenabwehr in Tschechien und Polen zum Abschuss russischer Langstreckenraketen dienen soll. Wenn sie tatsächlich in Osteuropa aufgestellt würde, wäre das Kräftegleichgewicht auf dem Kontinent gestört, die Verteidigungsfähigkeit Russlands würde geschwächt.

Es wäre schliesslich naiv zu glauben, dass sich Washington auf das bescheidene Arsenal in Polen und Tschechien beschränken wird. Laut US-amerikanischen Quellen soll die Raketenabwehr in Europa zukünftig durch seegestützte Systeme und Aufklärungssatelliten verstärkt werden. Ausserdem sind bereits Pläne bekannt geworden, ein mobiles X-Radarsystem in Georgien und weitere Basen in Rumänien sowie in der Ukraine aufzubauen. Es ist also anzunehmen, dass die USA dieses System, das nur ihrer eigenen Kontrolle untersteht, Schritt für Schritt ausbauen werden.

Eingekreistes Russland

Daher kann es nicht erstaunen, wenn Russland Präsident Wladimir Putin die Politik der USA in einer Fundamentalkritik am 10. Februar 2007 an der Münchener Nato-«Sicherheitskonferenz» in äusserst scharfer Form angriff und erklärte, das monopolare Modell sei für die heutige Welt unannehmbar: «Niemand fühlt sich mehr in Sicherheit, niemand mehr kann sich mit dem Völkerrecht schützen. Diese Politik spornt das Wettrüsten an. Die Dominanz des Gewaltfaktors nährt zwangsläufig das Trachten eini-

ger Länder nach Massenvernichtungswaffen», sagte Putin.

Nach seiner Ansicht würde der Ausbau des amerikanischen Raketenabwehrsystems eine weitere Runde des Wettrüstens nach sich ziehen. Die Argumente für die Stationierung von Teilen dieses Systems in Europa seien nicht überzeugend.

Scharf ins Gericht ging Präsident Putin auch mit der Nato-Erweiterung. Sie habe weder mit einer Modernisierung der Allianz etwas zu tun noch mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa. «Im Gegenteil: Dies ist ein stark provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens verringert. Wir haben ein gutes Recht zu fragen: Gegen wen ist diese Erweiterung gerichtet?»

Putin verwies auf Versprechungen, die die westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Vertrags zwar gegeben, aber nicht eingehalten haben. «Heute erinnert sich kaum jemand daran», stellte er fest. In diesem Zusammenhang zitierte er die Worte des Nato-Generalsekretärs vom 17. Mai 1990: «Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine Truppen ausserhalb des Territoriums der Bundesrepublik zu stationieren, gibt der UdSSR feste Sicherheitsgarantien.»

«Wo sind heute diese Sicherheitsgarantien?» fragte Russlands Staatschef. «Warum muss die Militärinfrastruktur unbedingt an unsere Grenzen herangerückt werden? Ist das heute etwa mit der Überwindung der globalen Bedrohungen verbunden?»

Bevölkerung ist gegen die Radaranlagen des Pentagons

Widerstand in Tschechien

In Tschechien besteht unter dem Namen *Ne Základnám* eine breite Widerstandsbewegung gegen die Pläne der USA. Christian Heinrici vom ND hat ihren Sprecher Jan Tamaš über die Befindlichkeit in seinem Land befragt.

«Als die US-Experten letztes Jahr im Juli in Tschechien waren, um nach geeigneten Orten für das Radarsystem zu suchen, war die tschechische Bevölkerung vollkommen aufgebracht», bekräftigt Jan Tamaš. «Mittlerweile hat sich ein grosses Bündnis aus den verschiedensten Organisationen gebildet und schon 35 000 Menschen haben unsere Petition für ein Referendum gegen die US-Basen unterschrieben. Wir glauben an die Demokratie und nur das Volk selbst über diese Frage entscheiden kann.»

Immerhin bemühen sich die USA um eine aktuelle Begründung ihrer Raketenschildpläne.

Die US-Regierung spricht von einer angeblich von Nordkorea und Iran ausgehenden «Bedrohung». Man sollte sich allerdings einmal fragen, wie viele Staaten in den letzten zehn Jahren von Nordkorea oder Iran angegriffen wurden – kein einziges! Auf der anderen Seite muss man sich nur vor Augen halten, wie viele Staaten in der letzten Zeit von den USA angegriffen

Wo der Hase im Pfeffer liegt

Aber die Errichtung dieser neuen Raketensysteme in Europa hat bereits jetzt, noch vor Baubeginn, viel weitreichende Aspekte. Die USA wollen damit den Spaltpilz – den Splinterfactor – in die sich anbahnende stärkere Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland säen und eine Stärkung der EU hintertreiben.

«In letzter Zeit spielen die USA eine immer geringere Rolle in Europa», meint etwa der Nowostij-Journalist Dmitri Danilow. «Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Europa nicht mehr auf der Liste der Prioritäten der US-Aussen- und Sicherheitspolitik steht, zu denen nunmehr Zentralasien und der Greater Middle East gehören, andererseits ramponiert der Irak-Krieg Amerikas Ansehen in Europa. Als Folge müssen die USA nach Wegen suchen, um ihren Einfluss auf Europa zu verstärken. Aus dieser Sicht ist die Installation der Raketenabwehr ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen.

Erstens durch die engere militärpolitische Anbindung von Mittel- und Osteuropa, dessen Aussen- und Verteidigungspolitik auf die Partnerschaft mit den USA orientiert ist.

Zweitens verschafft die Raketenabwehr den USA in Europa zusätzliche Stimmrechte bei der Festlegung der europäischen Sicherheitspolitik.

Drittens bekommen die USA durch die potentielle Stärkung ihrer politischen Positionen im europäischen Sicherheitssystem Hebel, um die EU-Politik zu beeinflussen.

Viertens können die USA ihre praktischen Pläne zukünftig nach ausserhalb des Nato-Raums ausdehnen.»

Kai Ehlers, ein deutscher Publizist, der u.a. für die russischen Nowosti und die deutsche Friedensbewegung schreibt, analysiert in seinem Artikel «Die EU zwischen Russland und den USA»:

«Die EU steht heute zwischen einem Vasallenstatus gegenüber den USA und deren Konzept der globalen US-Hegemonie ... und aktivem Träger einer sich herausbildenden multipolaren Ordnung, in der Russland und Europa zwei besonders eng miteinander verbundene Partner, jedoch keine «Achse» bilden.» (Ehlers, 21.4.2007)

«Der Fall des eisernen Vorhangs, die schrittweise Erweiterung der EU

bis an die Grenzen Weissrusslands, Moldawiens und der Ukraine, die Entwicklung der «Strategischen Partnerschaft» zwischen EU und Russland, die, besonders von Deutschland ausgehend, in eine immer enger werdende Energiepartnerschaft zu münden scheint, die Einführung des Euro, sowie die Entwicklung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als eigener Block in der veränderten Nato haben das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der EU soweit verschoben, dass die EU heute aus der Rolle des «Brückenkopfes» herauszutreten beginnt. Der Euro tritt inzwischen in ernsthafte Konkurrenz zum Dollar als Öl-Währung; die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist, obwohl immer noch mit der Nato verwoben, in eigenen, von der Nato unabhängigen Einsätzen aktiv. Aus US-Sicht ist diese Entwicklung eine ernste Bedrohung.» (Ehlers, 7.2.2007)

Die spaltende Alternative
Mit anderen Worten: Die USA betrachten Russland heute wieder als Gegner, wenn nicht gar Feind im grossen eurasischen Kampf um Vorherrschaft. Sie umkreisen Russland mit militärischen Strukturen, die sie immer näher an die russischen Grenzen dislozieren und bauen mit der Raketenabwehr Schritt für Schritt eine Komponente auf, die Russlands Verteidigungspotential schwächt, bei Bedarf schnell auf Angriffsraketen umgerüstet werden kann und ihnen damit langfristig die Perspektive der Erstschatzfähigkeit zurückgibt. Dies ist ein Ziel, das sie mit der Kündigung oder mit dem Bruch fast aller Abrüstungsverträge sowie mit der Entwicklung einer neuen Generation von Atom- und Weltraumwaffen schon lange anstreben.

Damit stellen sie die EU-Länder und dabei besonders die europäischen Nato-Länder vor die Alternative, entweder ein gutes Verhältnis zu den USA und ein schlechtes zu Russland zu haben oder umgekehrt, ein gutes Verhältnis zu Russland und ein schlechtes zu den USA. Und genau hierin liegt die Spaltkraft ihrer «Verteidigungsinitiative». Sie führt zur politischen Schwächung der EU, deren russlandfeindliche Kräfte ermutigt werden, und sie hat zum Ziel, ein langfristiges, positives, stärker werdendes Bündnis zwischen Europa und Russland zu verhindern.

Wie hat die tschechische Regierung auf Ihre Kampagne reagiert?

In Meinungsumfragen haben sich mehr als 61 Prozent gegen dieses angebliche Abwehrsystem ausgesprochen, immerhin eine grosse Mehrheit der Bevölkerung. Aber die Regierung, die sich nur auf eine Minderheit im Parlament stützen kann, treibt die Sache weiter voran. Mit «Demokratie» hat das nur noch sehr wenig zu tun!

Wie sieht die Zukunft von «Ne Základnám» aus?

Im Februar haben wir auf einer internationalen Konferenz in Prag eine europaweite Initiative namens «Europe for Peace» ins Leben gerufen. Die Erklärung zur Kampagne wurde von Persönlichkeiten wie Noam Chomsky unterschrieben – für ein atomwaffenfreies Europa, für ein Europa ohne fremde Militärbasen. Wir fordern von unseren Regierungen, dass sie die Truppen aus den Besatzungsgebieten abziehen, denn die Verbindung zum Krieg in Irak beispielsweise ist offensichtlich. Wir sehen genauso, dass diese Kriege zu einer neuen Welle des Terrorismus geführt haben. Sie machen die Welt nicht sicherer – im Gegenteil.



wurden. Wenn wir eine friedlichere Welt wollen, müssen wir rigoros abrüsten und dürfen auf keinen Fall neue Militärbasen oder Waffensysteme anschaffen. Das wird nur zur Eskalation internationaler Spannungen führen. Es ist mehr als verständlich, dass sich Russland von diesen geplanten Militärbasen bedroht fühlt. Das ist so, als würde Russland eine neue Militärbasis in Mexiko bauen.

Jhingoer Babtistes (einsamer) Kampf um Diego Garcia

Zurück ins verlorene Paradies?

Das Londoner Oberste Gericht hat die Deportation der Ilois vor über 30 Jahren Ende Mai 2007 erneut als rechtswidrig verurteilt. Doch ihrer Rückkehr auf die Inseln ihrer Väter steht ein schier unüberwindliches Hindernis entgegen: die USA-Militärbasis auf der Tschagos-Hauptinsel Diego Garcia – Heimat des Fischersohns Jhingoer Babtiste.

Von Jochen Reinert

In seinem Wohnzimmer in der Osloer Bentsegate prangt an der Wand eine exotische Insellandschaft mit der Aufschrift «Diego Garcia – UK US out». Versonnen schaut Jhingoer Babtiste auf das bunte Plakat. Kürzer ist der Lebensinhalt des wohl einsamsten Exilanten der Welt nicht auszudrücken: Diego Garcia – raus mit Grossbritannien und den USA.

Nach längerem Schweigen schickte er vor wenigen Tagen diese Nachricht:



«USA raus aus Diego Garcia» fordern diese Ilois vor der US-Botschaft in St. Louis. Foto Steffen Johannessen

«Mit grosser Freude kann ich dir mitteilen, dass mein Volk nach einem langen juristischen Kampf gegen Grossbritannien das volle Recht auf Rückkehr auf die Tschagos-Inseln errungen hat.» Der Anlass: jenes Urteil des Londoner Obersten Gerichts.

Betrogen und vertrieben
Nimmt Jhingoer Babtistes Albtraum von Deportation und Exil bald ein Ende? 1973 war der heute 54-Jährige mit seiner Familie als einer der letzten seines Volkes von den Tschagos-Inseln vertrieben worden. Die Briten hatten den von Frankreich kolonisierten Archipel nach Napoleons Untergang 1814 samt Mauritius als Kriegsbeute eingeheimst. Nach Jahrzehnten abseits vom Weltgeschehen wurden die Inseln im Kalten Krieg zu einem Objekt Washingtoner Begierde. Die USA drängten London, ihnen Diego Garcia als Militärbasis zu vermachen und die Inseln von jeglichen Siedlern zu säubern.

Jhingoer, seit 1985 einziger Ilois im norwegischen Exil, kann seinen Zorn über die Briten nur mühsam unterdrücken, wenn er davon berichtet, wie sie die Tschagos-Inseln von Mauritius abtrennten und die damals rund 2000 Ilois mit falschen Versprechungen und roher Gewalt nach Mauritius und auf die Seychellen verfrachteten. Wohl wissend um das Völkerrechtsverbrechen, legte London einen Schleier über die Massenentführung und liess seine Diplomaten behaupten, dass dort nur ein paar Kontraktarbeiter zu Gange waren.

«Eine faustdicke Lüge», braust Jhingoer auf, «unsere Familien waren oft schon in der fünften Generation auf den Inseln.» Zur Bekräftigung holt er einen Artikel aus «L'Express» (Port Louis) hervor. «Während des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts», heisst es dort, «entwickelten die Tschagosianer auf ihrem kleinen Archipel inmitten des Indischen Ozeans, vor allem auf Diego Garcia, eine eigene Identität.»

Als 1971 die ersten US-Amerikaner auf Jhingoors Insel landeten, begannen sie sofort, einen der strategisch wichtigsten Militärstützpunkte der Welt anzulegen – mit einer vier Kilometer langen Startbahn für Kampfflugzeuge, zahlreichen Ankerplätzen für Flugzeugträger, U-Boote und andere Kriegsschiffe, einer Satellitenstation, Bunkern und Öltanks.

Vater Babtiste, der auf einer Seychelleninsel nahe dem Tschagos-Archipel Unterschlupf fand, konnte sich mit dem Verlust der Heimat nicht ab-

finden. Jedes Jahr fuhr er mit seinem Fischerboot insgeheim nach Diego Garcia, um die Gräber der Vorfahren aufzusuchen. «Eines Tages», klagt Jhingoer, «kam er nicht mehr zurück, niemand weiss, was geschah.»

Die Familie Louis Olivier Bancoults, eines Führers der Ilois-Freiheitsbewegung, war 1968 zur medizinischen Behandlung einer erkrankten Schwester von ihrer Insel Peros Banhos nach Port Louis gefahren, durfte aber nicht wieder zurückkehren. Wie die meisten anderen Ilois landeten sie im Slum, zwei Brüder Bancoults starben an Alkoholvergiftung, eine Schwester beging Selbstmord. 60 Prozent der heute etwa 8000 Ilois sind arbeitslos, 45 Prozent Analphabeten – eine Situation, die auch die UNO-Arbeitsgruppe für Minderheiten, die Mauritius aufsuchte, mit grosser Besorgnis registrierte.

Nach dem ersten Schock über die Vertreibung begann ein verzweifelter Kampf der Ilois. In Mauritius gründete Olivier Bancoults 1983 die Chagos Refugee Group, Fernand Mandarin das Chagos Committee – zwei Vereinigungen, die zu politischen Kraftzentren der Deportierten wurden. 1992 bildeten Bancoults und Mandarin eine Exilregierung. 1998 erlebte Mauritius die erste grössere Protestdemonstration: 500 Ilois zogen durch Port Louis und forderten: «Gebt unser Land zurück!»

Nach Jubel Enttäuschung
Jhingoer erläuterte als Europaspriecher der Exilregierung in langen Briefen dem damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer und dem deutschen Aussenminister Joscha Fischer 1999 das Schicksal der Ilois. Er verwies auf die Artikel 9 und 13 der UN-Menschenrechtserklärung, die eine zwangsweise Vertreibung ins Exil und die Verweigerung des Rückkehrrechts verbieten. Im gleichen Jahr nahm Jhingoer an der Haager Konferenz der «Nationen ohne Flagge» teil.

Der 3. November 2000 wurde einer der schönsten Tage in Jhingoer Babtistes Leben: Das Londoner Oberste Gericht erklärte die Deportationen für illegal und gestand den Ilois, die sich auch Tschagosianer nennen und heute eine eigene braunschwarz-blaue Flagge zeigen, das Recht auf Rückkehr zu. Jhingoer war überzeugt: «Jetzt müssen die USA einsehen, dass das Abkommen mit Grossbritannien über die Pacht von Diego Garcia bis 2016 ungültig ist und sie uns die Insel zurückgeben müssen.»

Doch 2004 kam die kalte Dusche. Die britische Königin erliess eine «Order in Council», die das Londoner Urteil aufhob. Im gleichen Jahr wurde eine Klage der Vertriebenen gegen die USA-Regierung vor dem Washingtoner Bundesgericht abgewiesen. Für das Pentagon bleibt Diego Garcia «eine unverzichtbare und zentrale Plattform» des Antiterrorkampfes.

Jhingoer war schwer enttäuscht. Als wir uns im Frühjahr 2005 in Oslo begegneten, ging es ihm nicht gut. Zu den politischen Niederlagen kamen persönliche. Obwohl seit längerem norwegischer Staatsbürger, fühlte er sich unerwünscht. Die Kompetenzen des intelligenten Fischersohns, der in London und Oslo Staatswissenschaften studierte, waren nicht gefragt. Lange war er arbeitslos. Auch seine Ehe mit einer Norwegerin war gescheitert, seine Tochter durfte er nicht sehen. «Mein Kampf war sehr lang, hart und einsam. Ich gab niemals auf, obwohl ich eine Menge Schwierigkeiten hatte, die mein Leben unerträglich machten...» Es klang, als habe er doch aufgegeben.

Verpasster Besuch

Aber voriges Jahr flatterte eine Postkarte aus Mauritius ins Haus: «Hej Jochen, Siegesstimmung in Port Louis...» Jhingoer war nach Mauritius geflogen, um an der ersten Reise einer Ilois-Gruppe zu den Tschagos-Inseln – ein Zugeständnis der Briten – teilzunehmen. Er kam zu spät, aber am Tag der Rückkehr des Passagierschiffs «Mauritius Trochetia» mit 102 Ilois an Bord stand er am Kai.

Netzwerk für die Auflösung von Militärbasen

Expansion stoppen

Mehr als 1000 Friedensaktivisten, Politiker und Rüstungsexperten aus 40 Ländern haben auf einer Konferenz in Ecuador die Gründung eines Netzwerks beschlossen, das sich für die Auflösung der weltweit über 1000 ausländischen Militärbasen einsetzt.

Allein die USA unterhalten ausserhalb ihrer Landesgrenzen mehr als 700 Stützpunkte. Dabei sind geheime Einrichtungen, wie sie die US-Streitkräfte im Irak und andernorts betreiben, nicht eingerechnet, so Lina Cahuasquí von der ecuadorianischen Koalition gegen Militärbasen. Der nun geplante neue Zusammenschluss soll als Plattform internationaler Organisationen dienen und deren Aktivitäten im Interesse einer globalen Friedenskultur koordinieren.

Cahuasquí wies darauf hin, dass US-Streitkräfte innerhalb Lateinamerikas und der Karibik insgesamt 17 militärische Einrichtungen in Kolumbien, Peru, El Salvador, Aruba, Curaçao, Honduras, Ecuador und Kuba (Guantánamo) unterhalten. Auch diese US-Stützpunkte würden als Folterzentren im US-geführten «Kampf gegen den internationalen Terrorismus» genutzt.



Satellitenüberwachungsanlage der USA auf Diego Garcia. Foto USAF/J. Rohrer

«In meinem Herzen war ich sehr traurig und fühlte mich einsam», beschreibt Jhingoer seine Gefühle an diesem Tag. «aber nach aussen lächelte ich, freute mich über das Glück, das ich in ihren Gesichtern sah. Niemand oder nur sehr wenige wissen, was ich für sie getan habe, nur Gott weiss es. Ich habe meine Jugend, mein Geld, meine Energie, mein Wissen aufgewendet für ihre Freiheit und die Rückkehr ins Land ihrer Väter.»

Über den Aufenthalt der Gruppe auf seiner Heimatinsel weiss er: «Meine Leute erreichten Diego Garcia ungefähr um 8 Uhr abends. Sie sahen die Silhouetten von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen. Aber am folgenden Morgen schien die Basis komplett verlassen. Im Laufe der Nacht waren die Maschinen offensichtlich Richtung Irak, Afghanistan oder Somalia verlassen. Das Militärpersonal hielt sich im Verborgenen, bis meine Leute die Fahrt fortsetzten.»

Die Ilois – die meisten von ihnen katholische Christen – sind erschüttert. Ihre Häuser sind ebenso wie die Plantagen, auf denen sie einst arbeiteten, zerstört, überwuchert. Ihre Kirchen sind zerfallen, die Friedhöfe in jämmerlichem Zustand. Sie legen Blumenkränze auf den Gräbern nieder, halten improvisierte Messen. Und auf allen drei Inseln errichten sie einen Gedenkstein, der ihren Besuch dokumentiert – und ihr Heimweh.

Kaum vier Wochen später, im Mai 2006, jubelte Jhingoer wieder: Der

Londoner Gerichtshof hatte die königliche Order für rechtswidrig erklärt. Die Blair-Regierung ging in Berufung, doch am 23. Mai 2007 wies das Gericht deren Ansinnen zurück und warf der Regierung ausdrücklich Machtmissbrauch vor, weil sie die Ilois-Familien weiter an der Rückkehr hindere.

Hochmotiviert für eine rasche Rückkehr

«Nun hoffen wir, dass Gordon Brown ein neues Kapitel in Sachen Tschagos-Inseln aufschlägt und dass die Regierung mit ihren endlosen Berufungen und Verzögerungstaktiken aufhört», kommentiert Lord Robert Bain, Vorsitzender der britischen Unterstützervereinigung, das Urteil. Doch das Londoner Aussenministerium gibt sich nicht geschlagen. Unlängst appellierte es an das Oberhaus, die Ilois-feindliche königliche Order wieder rechtskräftig werden zu lassen – wogegen Lord Bain und mehrere Abgeordnete des Unterhauses und des EU-Parlaments am 17. Juli in der «Times» vehement protestierten.

Der einsame Streiter von Oslo ist empört: «Die Briten müssen endlich begreifen, dass sie Diego Garcia den USA nicht weiter ausliefern können. Alle meine Ilois, die Alten ebenso wie die junge Generation, sind hochmotiviert, nach Hause zu ziehen – wie auch die Lebensbedingungen auf den Tschagos-Inseln einmal sein werden.» (Quelle: ND)

nach 60 Jahren auf Druck der Bevölkerung endlich geschlossen wurde.»

Dass die militärische Expansion mitnichten nur von den USA ausgeht, darauf wies der deutsche Redner Tobias Pflüger hin. Der Europa-Abgeordnete für die Linkspartei.PDS klärte darüber auf, dass auch die EU ein internationales Netzwerk aus 75 Militärstützpunkten errichtet hat. Die politischen Aktionen müssten sich daher gegen alle entsprechenden Armeebasen in fremden Ländern richten.

Die Abschlusserklärung der Konferenz hält fest: «Fremde Militärbasen und alle anderen Einrichtungen, die dazu verwendet werden, Aggressionskriege zu führen, verletzen die Menschenrechten und dienen zur Unterdrückung aller Menschen, besonders der indigenen Völker, der Menschen afrikanischer Herkunft sowie von Frauen und Kindern, sie zerstören Städte, Dörfer und die Umwelt. Sie haben unabsehbare Folgen für das spirituelle und psychische Wohlbefinden der Menschheit.» Gefordert wird u.a. «das völlige Verbot aller fremden Militärbasen und aller anderen Einrichtungen, die zur Kriegsführung genutzt werden», ebenso das Verbot von Militäroperationen, Manövern, Waffen im Weltraum und Militärlaboratorien.

Weitere Infos: www.no-bases.net



«Vicenza ist keine US-Kolonie», heisst es auf diesem Transparent, mit dem am 9. Juni in Rom gegen den Besuch von US-Präsident Bush und für eine Schliessung des US-Militärstützpunktes von Vicenza demonstriert wurde. Foto www.altravicenza.it

Verschwinden der Linksdemokraten in Italien

Friedenskräfte bleiben am Ball

Über 200 000 Menschen haben im Februar vor der US-Militärbasis Vicenza deren Schliessung gefordert. Im November soll es, trotz gravierender Veränderungen in der Parteienlandschaft, zu einer noch mächtigeren Kundgebung kommen (nähere Infos unter www.altravicenza.it).

Von Gerhard Feldbauer

In Italien befindet sich die Antikriegsbewegung gegenwärtig im Aufschwung. Er begann, als Ministerpräsident Romano Prodi nach dem Wahlsieg seiner Demokratischen Union (früher Mitte-Links-Bündnis des Olivenbaum) die 3 200 italienischen Soldaten aus Irak heim holte. Die Kriegsgegner forderten, auch die 1 900 Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, was Prodi ablehnte.

Der Wahlsieg der Union war mit 49,8 % knapp, betrug im Senat nur zwei Stimmen mehr. In der Camera fiel ihr der von Berlusconi eingeführte Siegerbonus zu, der ihr eine Mehrheit von 340 der zirka 630 Sitze einbrachte. Die Linken verfügten über ein solides Übergewicht. Die exkommunistischen Democratici di Sinistra (DS) wurden mit 22% stärkste Partei. Die Kommunistische Neugründung (PRC) erreichte etwa 7% und 41 Abgeordnetensitze. Die 1998 vom PRC abgespaltene Partei der Kommunisten Italiens (PdCI) kam mit knapp 2% auf 16. Die Union besetzte mit den Präsidenten von Parlament und Senat die Schlüsselpositionen. Da gerade die siebenjährige Amtszeit des Präsidenten endete, ging auch das höchste Staatsamt an sie. Erstmals seit 20 Jahren wurde mit dem DS-Senator auf Lebenszeit Giorgio Napolitano wieder ein Sozialist zum Staatschef gewählt. Der Abgeordnetenkammer steht der bisherige PRC-Sekretär, Fausto Bertinotti, vor.

Wachsender Anti-Amerikanismus

In Mailand wurde im Februar 2003 der Iman Osama Mustafa Hassan (Abu Omar) entführt, danach von dem US-Stützpunkt Aviano in Venetien via Ramstein nach Kairo verbracht und dort inhaftiert. Im Februar 2007 aus dem Gefängnis entlassen, schilderte er wie er in einer unterirdischen Zelle, in der «Kakerlaken, Ratten und Insekten über meinen Körper krabbelten», grausam gefoltert wurde. An der Verschleppung waren 26 CIA-Agen-

ten und 13 Italiener, unter ihnen der Leiter des SISMI beteiligt. Prodi entliess beide Geheimdienstchefs und setzte, wie er betonte, zuverlässige Nachfolger ein. Erst kürzlich wurde noch der Kommandant der Guardia di Finanza (Finanzpolizei) abgelöst.

Die Enthüllungen der illegalen CIA-Aktivitäten gaben den anti-amerikanischen Stimmungen neue Nahrung und rückten die Afghanistanfrage in den Blickpunkt. Dann begannen die USA, ihren Stützpunkt in Vicenza auszubauen. Die Basis soll grösste Europas werden, ein Sprungbrett für Einsätze auf dem Balkan und im Nahen und Mittleren Osten, Stationierungsort für zusätzlich mehr als 4 500 GIs von der 173. Luftlande-Brigade, die zur schnellen Eingreiftruppe in Europa gehört. Von Vicenza aus starteten 1999 die Jagdbomber zum Überfall auf Jugoslawien, die 173. Airborn war in Irak im Einsatz.

Gegen US-Stützpunkte

Die Friedenskräfte fordern, nicht nur den Ausbau in Vicenza zu untersagen, sondern die Basis zu schliessen und überhaupt alle in Italien aus kalten Kriegzeiten unverändert existierenden 113 USA-Stützpunkte aufzulösen, da ihre Existenz angesichts der Nutzung für USA-Angriffskriege gegen Artikel 11 der italienischen Verfassung verstösst. Prodi wagte nicht, den von Berlusconi gewährten Ausbau in Vicenza zu widerrufen. Am 19. Februar demonstrierten vor der Basis über 200 000 Menschen, an ihrer Spitze Nobelpreisträger Dario Fo. Minister des PRC und des PdCI nahmen teil. Sozialminister Paolo Ferrero vom PRC nannte die Demonstration «eine Lektion in Sachen Demokratie», auf welche «die Regierung hören» müsse. Da die PRC-Zeitung «Liberazione» diese Einschätzung wiedergab, wurde vermutet, der PRC wolle Druck auf die Regierung ausüben. Zumal die Partei mit anderen Linken ankündigte, darüber ein Referendum einzuleiten.

Danach enthielten sich am 21. Februar zwei Senatoren (PRC und PdCI)

bei der Abstimmung über den weiteren Einsatz in Afghanistan, was im Senat als Gegenstimme zählt. Die Stimmen fehlten Prodi. Die Niederlage verursachten jedoch mehrere nicht zur Regierungskoalition gehörende Senatoren auf Lebenszeit, darunter der frühere Chef der UDC Marco Follini, die bis dahin stets für Prodi gestimmt hatten, diesmal gegen ihn votierten. Was dann folgte, erinnerte an ein ziemlich abgekartetes Spiel, eingefädelt von der rechten Mitte, von Prodi zur Festigung der «Koalitionsdisziplin» genutzt, mitgemacht von den Linksdemokraten, hingenommen auch vom PRC.

Die extreme Rechte forderte Neuwahlen. Staatspräsident Napolitano beauftragte Prodi jedoch, im Amt zu bleiben und sich einer Vertrauensabstimmung zu stellen. Bei einem Treffen mit seinem spanischen Kollegen Zapatero versuchte Prodi die Wogen zu glätten und den «vorläufigen» Truppenverbleib in Afghanistan mit dem Vorschlag einer «Friedenskonferenz zur politischen Lösung für Afghanistan» zu koppeln. Ausserdem versicherte er, entgegen USA-Forderungen werde das italienische Kontingent nicht verstärkt. Auch bezüglich Vicenza, so verlautete intern, sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Parlamentspräsident Bertinotti betonte, die Fortsetzung der Regierung Prodi müsse gewährleistet werden, um die Rückkehr eines Regimes unter Berlusconi zu verhindern. Prodi machte seinen weiteren Verbleib im Palazzo von künftiger starrer Koalitionsdisziplin abhängig, was er sich in einem 12-Punktecatalog bestätigen liess (eingeschlossen die Zustimmung zur Aussenpolitik, sprich Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes, und zu sozialen Einschnitten, darunter eine Rentenreform mit Heraufsetzung des Pensionsalters bei Renten, die meist unter dem Existenzminimum liegen). Prodi gewann danach die Vertrauensabstimmung in beiden Kammern.

Fusion der Linksdemokraten

In dieser Situation begann ein schon länger geplantes Manöver, das Prodi von der Unterstützung der Kommunisten unabhängig machen soll. DS-Sekretär Piero Fassini und der Vorsit-

zende der katholischen Margherita-Partei, Francesco Rutelli, kreierte eine Vereinigung zu einer Demokratischen Partei. Auf ihrem Kongress im April 2007 stimmten die DS zu. Sie nehmen damit Abschied von allen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Traditionen und entsagen jeder linken Bewegung. Die neue Zentrums-Partei will die Mitte besetzen und einer Unions-Regierung bei künftigen Wahlen aus diesem Spektrum die Mehrheit sichern, um die Kommunisten loszuwerden. Die Bestrebungen gehen dahin, die rechte UDC für die neue Partei zu gewinnen. Es geht den Akteuren allen Ernstes um ein bipolares Parteienmodell nach US-amerikanischem Vorbild, in dem ihre Zentrums-Partei den Part der Demokraten spielen will, während der Allianz aus Forzapattei, AN-Faschisten und Lega-Rassisten die Rolle der Republikaner überlassen werden soll.

Die Auseinandersetzungen finden unter dem Trommelfeuer der ungebrochenen Medienmacht Berlusconi statt, dessen drei Sender den privaten Fernsehmarkt beherrschen. Hier wird weiter gehetzt, die Prodi-Regierung als eine verkappte linke Diktatur, als «gefährliches Unkraut» verketzert, das alte, aber immer noch Wirkung zeigende Gespenst der «kommunistischen Gefahr» beschworen. Wenn es nicht gelingt, dieses übermächtige Medienmonopol zu beschneiden und es einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, wird es sehr schwer sein, etwas im positivem Sinne zu verändern.

Erforderlich ist, der fortbestehenden rechtsextremen Gefahr entgegenzutreten. Der PRC hat in der Vergangenheit versäumt, eine Analyse von Erscheinungsformen des Faschismus der Gegenwart vorzunehmen. Die profaschistische Regierung des Hitler- und Mussolini-Bewunderers Berlusconi mit dem Führer der AN-Faschisten Fini und seinen ehemaligen SS-Offizieren sowie der rassistischen Lega Nord im Kabinett wurde als herkömmliches Rechtes Zentrum verharmlost, wie es bis Anfang der 90er Jahre von Parteien des Verfassungsbogens (von dem die Faschisten ausgeschlossen waren) gebildet wurde. Warnungen Dario Fos, Umberto Ecos, Andrea Camilleris oder Antonio Tabucchis vor den Gefahren eines neuzeitlichen faschistischen Regimes wurden nicht aufgegriffen. Das begünstigte, dass kosmetische Korrekturen am Faschismusbild, relativierte Distanzierungen von Mussolini durch Fini bei vielen Menschen ankommen. Derzeit frischt der AN-Führer sein demokratisches Outfit durch geschickte Distanzierung von den «autoritären Ausfällen» Berlusconi auf. Der Forzacheff hat als Koalitionsführer abgewirtschaftet. An seine Stelle dürfte über kurz oder lang Fini treten.

Dass die Friedenskräfte «am Ball bleiben» wurde während des Besuches des USA-Präsidenten am 9. Juni in Rom deutlich. Eine Demonstration von Zehntausenden, organisiert von PRC und PdCI, Grünen, Gewerkschaften, Antifaschisten und Friedenskräften, entlarvte Bush als «einen Feind, der eine Gefahr für den Frieden» darstellt. Unübersehbar zeigte sich «die Feindschaft, die Antipathie des Volkes gegenüber den USA, ihren Kriegen, ihrer Illegalität», schrieb «Liberazione» am 11. Juni. Prodi dürfte das Thema der Stützpunkte zur Sprache gebracht haben, wenn von den gespannten Beziehungen und selbst der Gefahr eines Bruchs die Rede ist.

Eine Wende, von einer radikalen ganz zu schweigen, durchzusetzen, dürfte nach dem Verschwinden der Linksdemokraten noch schwerer werden. Es wird viel davon abhängen, ob es den Opponenten dieser Liquidierung gelingt, sich überlebensfähig als neue linke Organisation zu konstituieren, zu progressiven sozialistischen

Positionen zurückzufinden und mit den Kommunisten zusammenzuwirken. Sollte die Regierung Prodi mit der Aufnahme rechter Gruppchen (UDR) ihre Achse nach rechts verschieben, dürfte sich die Frage nach dem Verbleib der Kommunisten in der Regierung stellen. Die Bedeutung des ausserparlamentarischen Kampf auf der Strasse gegen den USA-Kriegskurs und für entscheidende soziale Veränderungen wird weiter wachsen.

Der 1933 geborene Gerhard Feldbauer, Dr. phil. und habilitiert in italienischer Geschichte, war langjähriger Pressekorrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN in Italien und Vietnam. Im Papyrossa-Verlag und bei Pahl-Rugenstein sind von ihm verschiedene Bücher über die beiden Länder erschienen.

In Kürze



WILPF gegen US-Pläne

In Santa Cruz, Bolivien fand vom 21. – 27. Juli 07 der internationaler Kongress der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) statt, zu dem auch die Schweizer Sektion der WILPF eine Delegation entsandt hat. Der Kongress wählte mit der Schwedin Kerstin Greback und der Dänin Annelise Ebbe erstmals ein Co-Präsidium.

Einstimmig verabschiedet und in die Arbeitspläne vor allem der europäischen WILPF-Sektionen aufgenommen wurde eine Resolution zum US-Raketenabwehrsystem in Mitteleuropa, welche von der Schweizer Sektion eingebracht worden war. In der Resolution heisst es:

«Im Wissen, dass die USA vorhaben, Radar- und Abfangjägeranlagen für ein neues Raketenabwehrsystem in der Tschechischen Republik und in Polen einzurichten;

Im Bewusstsein, dass die Einrichtung dieses neuen Systems ein Vorwand ist, um etwaige Raketen aus dem Iran und aus Nordkorea abzuwehren, welche nicht existieren und in den nächsten Jahren auch nicht existieren werden;

Im Bewusstsein, dass die Pläne der USA eine neue Spirale des Wettrüstens zwischen den USA und Russland provozieren;

Im Bewusstsein, dass die amerikanischen Pläne die Union zwischen «alten» und «neuen» europäischen Ländern und deren gute Beziehungen zu Russland verhindern werden;

Beschliesst der WILPF-Kongress 2007 sich vehement gegen alle Pläne zu stellen, die darauf angelegt sind, Raketenabwehrsysteme in Europa oder anderswo zu errichten;

alle WILPF-Sektionen und Ausschüsse aufzufordern, die eigenen Regierungen zu drängen, diese US-Pläne und jegliche Absichten, sie unter dem Mantel der NATO zu verstecken, zu bekämpfen;

die amerikanischen und europäischen Sektionen – einschliesslich der Sektionen in Russland und Weissrussland – aufzufordern, zusammen zu arbeiten und sich mit den Friedensbewegungen in Polen und in der Tschechischen Republik gegen diese neue und gefährliche Entwicklung zu verbinden.»

Wie der Kalte Krieg unser Denken und Fühlen instrumentalisierte

Krieg um Kopf und Herz

Besprechung des Buches «Der Kalte Krieg – Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947 – 1991» von Bernd Stöver, Verlag C.H.Beck, München 2007

Von Antoinette Mächtlinger

In Bernd Stövers «Der Kalte Krieg» (2007) wird flüssig und anschaulich erzählt vom Ursprung des Kalten Kriegs, von seiner Ausbreitung über die Kontinente, seinem Einfluss auf das Denken und Handeln der Menschen, seinen Nachwirkungen bis heute. Falls Sie vor dicken Büchern zurückschrecken, steigen Sie mit dem Kapitel «Krieg der Kulturen» ein.

Von Louis Armstrong bis Radio Liberty

Haben Sie in Ihrer Jugend Louis Armstrong gehört? «Bravo» gelesen? Sich in der Schule mit «Animal Farm» abgemüht? Dann haben Sie ein Stück Kalten Krieg gelebt, gesponsert von der CIA, getarnt durch Einrichtungen wie den 1950 in Westberlin gegründeten «Kongress für Kulturelle Freiheit» (CCF). Es ist immer wieder spannend zu sehen, wie Massenmedien, Literatur, Musik eingesetzt wurden gegen den Feind Kommunismus. (Wer das Standardwerk «Wer die Zechen bezahlt» von Frances Stonor Saunders kennt, dem bringt dieses Kapitel allerdings nichts Neues.)

Wir können uns heute kaum mehr vorstellen, dass in den 1950er Jahren in der westeuropäischen Bevölkerung Sympathie für Marxismus und Sowjetunion so verbreitet war, dass die US-Regierung unvorstellbare Summen in die gezielte Amerikanisierung des Gebietes investierte. Stöver: «Rund 170 Stiftungen, sogenannte Dummie Foundations, unterhielt der amerikanische Geheimdienst CIA allein für den Zweck, die wahren Auftraggeber und die politisch-propagandistische Instrumentalisierung nicht deutlich werden zu lassen.»

So wurde 1953 in den USA eine eigene Behörde für Informationspolitik geschaffen, die USIA (United States Information Agency), die Stöver wie folgt beschreibt: «Ihr Gewicht manifestierte sich nicht nur in ihrem hohen Budget, sondern auch in der Tatsache, dass ihr Direktor direkt vom US-Präsidenten ernannt wurde und ab 1955 sogar an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrats teilnehmen durfte.» Wir kennen die von USIA gegründeten oder übernommenen Sender, die mit ihrer antikommunistischen Propaganda und direkter Anleitung zum Umsturz im «Ostblock» (wie Stöver durchgehend die sozialistischen Staaten bezeichnet) die Weltgeschichte beeinflusst haben: RIAS (wo Gerhard Löwenthal seine Karriere begann), Radio Free Europe, Radio Liberty. An diesen Sendern arbeiteten zahlreiche ehemalige Sowjetbürger, die an der Seite der Nazi-Armee gekämpft hatten und von den Alliierten nach dem Krieg nicht ausgeliefert worden waren.

Doch nun zurück zum Anfang. Wobei aus den über 500 Seiten nur einige Schwerpunkte gewählt werden können.

Anfang und frühe Warnung

Am 9. August 1945, unmittelbar nach dem Abwurf der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, malte Präsident Truman in seiner Rundfunkansprache das Gespenst eines nuklear geführten dritten Weltkriegs an die Wand. Und schon im Oktober breitete die Zeitschrift «Life» ein Atomkriegs-Szenario aus, das weite Verbreitung fand. 1946 warnten Physiker um Robert Oppenheimer, die an der Entwicklung der Bombe beteiligt gewesen waren, mit der Broschüre «One World or None» vor deren Zerstörungspotential. Dazu Stöver:

«Die Wissenschaftler leiteten aus der Erfindung der Atombombe ab, dass alle Kriterien bisheriger Nationalstaatspolitik dadurch aufgehoben seien. Vor der nuklearen Zerstörung schütze nur der radikale Austausch aller Geheimnisse in dieser Waffentechnik und die internationale Zusammenarbeit.» Die Regierung der USA aber verweigerte sich jeder Öffnung. Ihr Vorschlag zur «Atomwaffenkontrolle» war für die Sowjetunion eine «schlichte Provokation». In seinem Bericht über die harten UNO-Verhandlungen 1946 prägte ein Teilnehmer der US-Delegation den Begriff «Kalter Krieg». Und tatsächlich hatte der Kalte Krieg begonnen: 1949 testete die Sowjetunion ihre erste Atombombe.

Ältere Wurzeln des Kalten Krieges

Die eigentlichen Wurzeln des Kalten Krieges ortet Stöver in der Russischen Revolution von 1917. Bereits 1918 begannen französische, britische, amerikanische, japanische und tschechoslowakische Verbände einen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland, der drei Jahre dauerte. Die 1922 gegründete UdSSR wurde von den USA erst 1933 anerkannt. So war denn auch die Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg ein «unnatürliches Bündnis», dessen Auf und Ab bis zum endgültigen Bruch im Einzelnen nachgezeichnet wird. Das Ende der Koalition war erreicht mit der Potsdamer Konferenz (17.7. – 2.8.1945). Während Stalin darauf bestand, die Beschlüsse seien völkerrechtlich verbindlich, beharrten die Westmächte auf der Auffassung, «es handle sich lediglich um ein Konferenz-Kommuniqué und nicht um eine Friedensregelung», wie Stöver formuliert. Für Konfliktstoff war gesorgt, für 45 Jahre und mehr.

Wirtschaft, Rüstung

Der Wirtschaftskrieg hat früh begonnen: «Die Vereinigten Staaten hatten den Ost-West-Handel bereits vor dem Inkrafttreten des Marshall-Plans durch ein selektives Embargo eingeschränkt.» Ab 1948 traten die Embargo-Listen I A und I B der USA in Kraft, die auch für deren Verbündete galten und ständig aktualisiert und erweitert wurden. Trotzdem stieg der Ost-West-Handel 1955 auf 113,8 Mio Dollar, wobei es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Verbündeten gab. Erst 1983 gelang es den USA, die westeuropäische Zusammenarbeit mit der UdSSR «weitgehend zu kappen», von 35 Kooperationsverträgen blieben deren sieben übrig. Über den Wettlauf zum Mond sagt Stöver, was für den ganzen Rüstungswettlauf bis zum bitteren Ende gilt: «Was für die Planwirtschaft eine dramatische und schliesslich untragbare Belastung wurde und Restriktionen in anderen Bereichen erforderlich, erwies sich für die Marktwirtschaft eher als produktive Herausforderung.»

Sozialstaat versus sozialistischer Staat

«Auf der östlichen Seite wurde in der DDR ein patriarchalisch-diktatorisch organisiertes Sozialsystem eingerichtet – eine Art «Fürsorgediktatur.» So sieht Stöver die DDR im Gegensatz zur BRD, der «parlamentarischen Demokratie mit einem sozial abgefederten kapitalistischen Wirtschaftssystem». Und zur DDR-Verfassung äussert sich unser Autor wie folgt: «Auch wenn viele der verbrieften Rechte nur auf dem Papier bestanden,

war der Verfassungskatalog des akribisch und schliesslich bis in den letzten Winkel durchherrschten «Fürsorgestaats» DDR für Aussenstehende beeindruckend.» In den Weststaaten wuchs durch die «empfundene politische Konkurrenz zum Kommunismus der Sozialstaat niemals so stark wie in der Epoche des Kalten Krieges.» Und der letzte Satz des Kapitels lautet: «Das Ende des globalen Konflikts 1991 und der Untergang des Kommunismus verringerten nachweislich die Bemühungen im Westen, die eigenen Sozialstaatsmodelle auf dem hohen Niveau des Kalten Krieges zu halten. Dieser Trend lässt sich auch auf anderen Gebieten, etwa in der Entwicklungshilfe, nachweisen.»

Entspannungspolitik und die «Erfindung» der Menschenrechte

Die Bemühungen um eine Entspannungspolitik zeitigten in den 1970er Jahren beachtliche Erfolge: den Abrüstungsvertrag SALT I, die «Ostverträge» der BRD, die Schlussakte des KSZE-Treffens in Helsinki 1975. Für die Oststaaten erwies sich diese Schlussakte mit ihrem Korb III (humanitärer Bereich) jedoch als trojanisches Pferd. Schon Ende 1974 hatte nämlich der US-Kongress dem «Jackson-Vanik Amendment» zugestimmt, das ein Handelsabkommen mit der UdSSR rückgängig machte, indem es dieses nachträglich mit der Einhaltung von Menschenrechten (Auswanderungsbestimmungen für Juden) verknüpfte. Im US-Wahlkampf 1976 setzte dann der Kandidat der Demokraten Jimmy Carter in seinen aussenpolitischen Zielen zentral auf Menschenrechte. So brachte er eine «moralische Komponente in die durch Vietnam und den Watergate-Skandal diskreditierte US-Politik.» Der Wind hatte gedreht. Auch die Republikaner vertraten in ihrem Wahlkampf einen «Frieden durch Stärke». Nach dem Amtsantritt Carters 1977 ging es Schlag auf Schlag. Schon im Januar protestierte die US-Administration offiziell gegen die Verfolgung der Charta 77-Aktivistin um Vaclav Havel in der CSSR. In der Sowjetunion stand die «Helsinki-Gruppe zur Verteidigung der Menschenrechte» bereit. Ihr Aushängeschild war Andrej Sacharow, der sich schon 1973 direkt an den US-Kongress gewandt hatte, um diesen zur Beschleunigung des Jackson-Vanik Amendments aufzufordern. Alexander Solschenizyn, 1974 aus der Sowjetunion ausgewiesen, wurde «zu einem Kronzeugen der Konservativen gegen die Entspannungspolitik.»

Die SALT II-Abrüstungsverhandlungen 1977 mussten in diesem Klima scheitern. Ein neuer Rüstungswettlauf wurde eröffnet, der mit dem «Nachrüstungsbeschluss» der NATO einsetzte und im amerikanischen SDI-Programm gipfelte.

Kritik

Neben Stövers Terminologie, die unkritisch die gängigen «westlichen» Klischees übernimmt (s. z.B. Kapitel Sozialstaat), stört zunehmend seine Ungenauigkeit, je mehr er sich der Gegenwart nähert. Dazu folgende Beispiele:

Es ist ein durch US-amerikanische Dokumente längst belegter Fakt, dass die USA 1964 im Golf von Tonking ihre eigenen Schiffe versenkt haben, um vom Kongress die Kriegsermächtigung für Vietnam zu bekommen (siehe etwa das Interview mit Ben Bradlee im Spiegel-Online vom 21. Oktober 2004). Doch Stöver schreibt noch heute: «Unmittelbarer Ausgangspunkt für die Ausweitung zu einem regulären Krieg war dann der be-



Erhältlich u.a. bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

kannte und möglicherweise zum Teil inszenierte Zwischenfall im Golf von Tonking, bei dem Anfang August 1964 amerikanische Kriegsschiffe von nordvietnamesischen Schnellbooten (Hervorhebungen UW) angegriffen wurden.»

Zum Thema Afghanistan/Nachrüstungsbeschluss schreibt Stöver, dass US-Präsident Carter, als die UdSSR am 25. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte, «seine jahrelangen Abrüstungsbemühungen diskreditiert sah.» Und: «Vor allem aber fühlte er sich persönlich von den Sowjets hintergangen.» Darum habe er unmittelbar nach dem Einmarsch der Sowjet-Armee eine massive Erhöhung der US-Militärausgaben gefordert. Doch fünf Seiten weiter schreibt der Autor über die geheime US-Unterstützung der Mudschaheddin, dass sie «sogar schon vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan begann». Und weitere sieben Seiten später erfährt der Leser, dass am 12. Dezember 1979, also kurz vor dem sowjetischen Einmarsch, die Nato ihren Nachrüstungsbeschluss gefasst habe. Wiederum einige Seiten weiter wird berichtet, dass schon vor dem Nachrüstungsbeschluss «eine «High Level Group» innerhalb der NATO gebildet worden war, die sich ausdrücklich mit der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen beschäftigte.»

Widersprüchlichkeit

In der Bewertung des Kalten Krieges insgesamt erläutert Stöver im letzten Kapitel seinen «systemtheoretischen Ansatz». Es handele sich um den Grundkonflikt zweier Gesellschaftsentwürfe, die die Auseinandersetzung so lange geführt hätten, bis einer der beiden «Motoren» des Konflikts ausfiel. Und dann der zentrale Satz: «Die Schuldfrage spielt keine Rolle mehr.» Für die Organisation und Aufrechterhaltung eines solchen selbstreferentiellen Systems sei «die Antwort auf die Frage, wer mit dem Konflikt angefangen hat, zutiefst sinnlos.» Obwohl Stöver im Laufe seiner Darstellung aufgezeigt hat, wie die USA mit immer neuen Rüstungsschritten ihren Gegner zum Nachziehen zwangen, obwohl für ihn klar war, dass der letzte Rüstungsschritt, das SDI-Programm, «die über Jahre angehäuften und modernisierten Nuklearwaffen auf einen Schlag nutzlos gemacht» und somit das Ende der Sowjetunion bedeutet hätte, behauptet er am Schluss: «Insofern wurde der Kalte Krieg nicht durch die Konfrontation oder die Anhäufung von immer mehr und immer ausgereifteren Waffensystemen beendet, sondern letztendlich durch das vorsichtige Aufeinanderzugehen beider Blöcke.»

Wen solche Widersprüchlichkeit nicht stört, dem sei das Buch wegen seines Faktenreichtums empfohlen.

Fortsetzung von Seite 1

Kritiker mögen einwerfen, dass sich damit entschlossene Täter nicht von ihrer Tat abbringen lassen. Das mag in einzelnen Fällen so sein. Eine US-weite Studie von Forschern der renommierten Universität Harvard zeigt aber beispielsweise klar, dass die Verfügbarkeit von Waffen einen direkten Zusammenhang mit der Selbstmordrate hat. Mit anderen Worten: Wo mehr Waffen im Haus sind, werden auch mehr Selbstmorde begangen. Denn viele Taten sind Verzweiflungstaten, Kurzschlusshandlung die aus einem emotionalen Moment heraus entstehen. Viele, denen ein Suizidversuch misslingt, begehen keinen zweiten Versuch mehr.

Wir wollen auch Sicherheit schaffen, indem wir den Erwerb und Besitz von Waffen besser regeln und registrieren und wir wollen Missbräuche verhindern. Besonders gefährliche Waffen gehören nicht in Privatbesitz. Mit unserer Initiative schaffen wir auf einfache Weise echte Sicherheit und können tragische Todesfälle verhindern. Denn jeder Tote ist einer zuviel.

Chantal Galladé ist Nationalrätin der SP und Ständeratskandidatin im Kanton Zürich



Mit 300 Kerzen vor einer Berner Kaserne hat die SP am 1. September den 300 Toten gedacht, die jährlich durch eine Armeewaffe ums Leben kommen. Foto vorne: Nationalrätin Evi Allemann und Nationalrätin Margret Kiener Nellen.

Sinnlose Lagerung

In den Schweizer Haushalten liegen 2,3 Millionen moderne Schusswaffen. Davon lassen sich 570 000 Jagd- oder Sportwaffen abziehen. Es bleiben immerhin noch 1,7 Millionen Ordonnanzwaffen. Das heisst, dass drei Viertel der Schusswaffen in der Schweiz von der Armee verteilt worden sind. Wenn man die 252 000 abzieht, die für die Landesverteidigung benötigt werden, kann man ohne zu übertreiben davon ausgehen, dass 1,4 Millionen moderne Armeewaffen in Kellern liegen, ohne dass diese in irgend eine Verteidigungsstrategie eingebunden wären oder uns vor einem schlimmen terroristischen Anschlag schützen würden.

Géraldine Savary, Nationalrätin (SP/VD)

Das will die Volksinitiative

- Die Militärwaffe wird aus dem Kleiderschrank entfernt. Sie gehört in gesicherte Räume der Armee.

- Wer Waffen besitzen, tragen und gebrauchen will, muss dafür den Bedarf nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen.

- Überflüssige Waffen, die in Estrichen und Kellern herumliegen, werden eingesammelt.

- Alle übrigen Waffen werden registriert, was die Prävention und die Verfolgung von Verbrechen verbessert.

Materialien und Kontakt: Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt», Spitalgasse 34, Postfach 7876, 3001 Bern oder über schutzvor-waffengewalt@gmx.ch

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
6. September 2007

Internationale Solidarität unter Jugendlichen feiert Geburtstag

Sechzig Jahre Weltfestspiele

Im August konnten die Weltfestspiele der Jugend und der Studierenden ihren sechzigsten Geburtstag feiern. An sämtlichen 16 bisher stattgefundenen Weltfestspielen waren immer auch Schweizerinnen und Schweizer vertreten. Gemeinsam mit einigen von ihnen werden wir am 22. September an einer öffentlichen Veranstaltung in Zürich die Weltfestspiele Revue passieren lassen (siehe Kästchen unten an der Seite). Für jene Leserinnen und Leser der UW aber, die am 22. September nicht nach Zürich kommen können, haben wir nachfolgend einige Reminiszenzen zusammengetragen.

1945: Gründung des WBDJ
An einem düsteren Novembertag im Jahr 1945 trafen sich im Westen von London, im Schwimmbad «Seymour Hall», 437 Delegierte und 148 Beobachter aller Hautfarben aus 63 Ländern zur 1. Weltjugendkonferenz. Im Bericht über diese Konferenz lesen wir: «Die Delegierten bilden die wahrhaft würdigste Versammlung ernsthaft denkender, zielbewusster und demokratischer junger Menschen, die sich je zusammengefunden hat.» Hier wurden die Grundrechte der Jugend der Welt verkündet: das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf Freude und Erholung. Rechte für die Jugendliche heute noch kämpfen. Höhepunkt dieser bedeutungsvollen Tagung war die Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ).

Bereits vier Monate später, am 14. Februar 1946, beschloss das Exekutivkomitee des WBDJ, die im Kampf aller Antifaschisten entstandene Gemeinsamkeit unter friedlichen Verhältnissen zu bekräftigen: Die Idee eines grossen Treffens zur Entwicklung und Stärkung der internationalen Freundschaft und Verständigung zwischen den Jugendlichen aller Länder war damit geboren.

Das Treffen sollte «einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt und zur Erhaltung des Friedens leisten» und «mit allen geeigneten Mitteln das Leben, die Tätigkeit und die Bestrebungen der Jugend der verschiedenen Länder» zeigen.

Schweizer Jugend kommt in Bewegung

Zuhundert der Gründungskonferenz in London hatten zirka 15, zu dieser Zeit sehr bedeutende schweizerische Jugendorganisationen, wie zum Beispiel die Evangelische Jugendkonferenz, einen gemeinsamen Bericht ausgearbeitet.

An der Generalversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) 1946 in Beinwil beschloss die Mehrheit der Delegierten den Kollektivbeitritt zum Weltbund. In der Folge erklärten aber eine Anzahl Organisationen, wie die Katholische Jungmannschaft und der Pfadfinderbund, dass sie in diesem Falle aus der SAJV austreten müssten. Um die Einheit der SAJV aufrechtzuerhalten, fand man

die Kompromisslösung, dass die am Weltbund interessierten Jugendorganisationen sich innerhalb der SAJV als Untergruppe zusammenschlossen unter der Bezeichnung «Gruppe Weltbund der SAJV».

1947: 1. Weltjugendtreffen in Prag
Der WBDJ hatte alle Jugendorganisationen zur Teilnahme und Mitarbeit am 1. Weltjugendtreffen in Prag eingeladen. Die «Gruppe Weltbund der SAJV» leitete diesen Aufruf an 260 schweizerische, kantonale und lokale Jugendgruppen weiter.

Am Festival in Prag waren Teilnehmer der folgenden Gruppen vertreten: Jungnaturfreunde, Gewerkschaftsjugend, Jungguttempler, Sozialistische Jugend, Radiokameraden, Freie Jugend, Juniorengruppe des KV, Genossenschaftsjugend, Zwinglibund, Junge Kirche, Katholischer Gesellenverein, Verband Schweizerischer Studentenschaften, Liberale Bewegung der Schweiz und noch einige Nichtorganisierte.

In Prag trafen sich 17 000 Festivaldelegierte aus 72 Ländern. Es war die erste Zusammenkunft der friedliebenden Jugend nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie demonstrierten den unbeugsamen Willen, ihre im Krieg geschmiedete Einheit aufrechtzuerhalten und für Frieden und Demokratie zu wirken. Zum 1. Festival ertönte die Hymne des WBDJ «Jugend aller Nationen, uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut...», die bald von vielen Teilnehmern gesungen wurde. Kurt Grosskopf erinnert sich: «In Prag nahmen wir eine Woche an den Festspielen teil, die andere Woche arbeiteten wir an einer Strasse in Lidice. Lidice wurde von den Nazis dem Erdboden gleichgemacht, die Männer erschossen und Frauen und Kinder verbrachte man in Konzentrationslager. Diese Arbeiten an der Strasse bei brütend heissem Wetter im August, wurden von verschiedenen internationalen Arbeitsbrigaden durchgeführt. Mit uns arbeiteten zum Beispiel Engländer.»

1949: Budapest
Für das im August 1949 stattfindende 2. Festival in Budapest übernahm die Vereinigung «Frieden durch Aufbau», die Organisation für die Schweiz. «Frieden durch Aufbau», die schon den Einsatz 1947 in Lidice vermittelt

hatte, war die Aktion der Schweizerjugend für internationale Freundschaft und Solidarität. Diese Aktion bezweckte, die Freundschaft zwischen der Schweizerjugend und der des Auslands zu festigen und zwar durch Organisation von freiwilligen Arbeitsgruppen, durch Austausch von Jugendlichen, Erleichterung von Auslandsreisen und Vermittlung von Brieffreundschaften.

An den 2. Weltfestspielen nahmen 10 000 Jugendliche aus 82 Ländern teil. Das Festival stand unter der Losung «Jugend vereinige Dich: Vorwärts für einen dauerhaften Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und eine bessere Zukunft!»

Für viele Jugendorganisationen war es schwer, junge Leute ihres Landes nach Budapest zu delegieren. Erst grosse Solidaritätsaktionen ermöglichten ihnen die Teilnahme. Paul Robeson, der bekannte Sänger und Friedenskämpfer, gab so in Vorbereitung der Budapester Spiele ein grosses Konzert; aus dessen Erlös konnte die Reise von Jugendlichen aus kolonial unterdrückten Völkern finanziert werden.

1951: Berlin



Junge Französinnen tragen das Bild ihrer Widerstandskämpferin Raymonde Dien durch Berlin. «Am Tag der jungen Frauen und Mädchen des Festivals gab es eine gewaltige Friedensdemonstration. Tausende junge Friedenskämpferinnen aus allen Ländern der Erde zogen zum Friedrichshain, darunter Widerstandskämpferinnen Europas, Partisaninnen Vietnams, Koreas, der Sowjetunion, Polens, Italiens, Heldinnen im Kampf gegen Faschismus. Zum Abschluss gab sich eine Delegation zum ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück» (aus den Erinnerungen von Louise Stebler).

Im Mitteilungsblatt der Aktion «Frieden durch Aufbau» heisst es: «Das dritte Festival 1951 wird in Berlin abgehalten. Diese Drehscheibe der europäischen Politik, dieser Brennpunkt des weltpolitischen Interesses wird die jugendlichen Friedenskämpfer der ganzen Welt anziehen und begeistern.» Über 26 000 Jugendliche waren zu Gast in der Hauptstadt der jungen DDR. Während auf dem Berliner Alexander-Platz Burschen und Mädchen aus aller Welt tanzten und sangen und diskutierten, streikten in Düsseldorf Bergarbeiter für bessere Löhne, besuchte US-General Eisenhower amerikanische Truppeneinheiten in Koblenz, verwundete in Bamberg die Polizei den jungen Nürnberger Karl Suttener, als er versuchte, die Grenze zu überschreiten, um an den Weltfestspielen teilzunehmen.

Auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Reuter, gingen Tausende Festivalteilnehmer nach West-Berlin, um dort friedlich zu demonstrieren und mit Westberlinern über das Festival zu diskutieren. Aber die Westberlinerpolizei knüppelte sie nieder. 413 von ihnen mussten zum Teil mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Doch das Festival konnte dadurch nicht zum Scheitern gebracht werden. Rosalee McGhee, die Witwe des von der USA-Justiz ermordeten Afroamerikaners Willie McGhee, schrieb in einem Brief an

das internationale Festivalkomitee: «In meines Mannes Namen bitte ich Euch, niemals nachzulassen in Eurem Kampf für den Frieden – bis er gewonnen ist.»

In der Schweiz wurde inzwischen der Kalte Krieg ebenfalls bereits kräftig angeheizt: «Als wir vom Festival zurückkehrten, mussten wir feststellen, dass alle Unternehmer und Arbeitgeber informiert waren über die Teilnahme und die Reise ihrer Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten, die in Berlin teilgenommen haben.» schreibt Hansjörg Hofer in seinen Erinnerungen. Für den Basler Teilnehmer Ruedi Bantle beispielsweise hatte dies den Verlust der Arbeitsstelle zur Folge.

1953: Bukarest

Die schweizerischen Festivalteilnehmer an die jungen Schweizer in der Fremdenlegion in Indochina

Rund hundert schweizerische Teilnehmer am IV. Festival der Jugend und Studenten in Bukarest haben nachfolgend Briefe an die in Indochina in den Jahren der Fremdenlegion tätigen Schweizer anlässlich eines Freundeschaftstreffens der vietnamesischen Delegation übergeben:

«Mitleidenschaft! Wir Teilnehmer am IV. Weltfestival der Jugend und Studenten haben uns in Bukarest mit den jungen Delegierten aus allen Ländern getroffen, um die Freundschaft zwischen den Völkern zu stärken. Mit grosser Freude haben wir den Weltfestivalkomitee in Korea. Aber auch der Krieg in Indochina muss beendet werden. Es ist das heilige Recht des vietnamesischen Volkes, bei sich selbst Herr zu sein. Der Krieg der französischen Regierung gegen das vietnamesische Volk ist grausam und verbrecherisch. Er bringt noch nur Leiden. Schweizer, vergesst nicht, dass ihr Menschen für die Interessen einer fremden Regierung kämpft und euer eigenes Leben zunichte macht. Vergesst nicht, dass ihr gegen die Götter eures Landes handelt. Wir rufen euch auf, euch der Fortsetzung dieses Krieges zu widersetzen und in die Hand

«Widersetzt euch der Fortsetzung dieses Krieges», riefen die Schweizer Delegierten in einem Appell aus Bukarest die jungen Schweizer Fremdenlegionäre in Indochina auf. «Der Krieg der französischen Regierung gegen das vietnamesische Volk ist sinnlos und verbrecherisch. Er bringt euch nur Leiden. Schweizer, vergesst nicht, dass ihr Menschen für die Interessen einer fremden Regierung tötet und euer eigenes Leben zerstört.»

Unter dem Motto «Komm mit nach Bukarest zum 4. Festival» startete das schweizerische Festivalkomitee 1953 seine Vorbereitungen. Die Gegner des Festivals, die Feinde des Friedens blieben nicht untätig. Sie versuchten, Reisewillige durch Einschüchterung und Verleumdung von ihrer Reise ans Festival abzuhalten. Dennoch gelang es an verschiedenen Orten im Verlaufe der Vorbereitungen die Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen verschiedener Richtung zu fördern und ein schweizerisches Kulturprogramm und eine Ausstellung vorzubereiten.

Der Bundesrat verbot den Aushang der Festivalplakate; er konnte jedoch die Teilnahme von 286 Jugendlichen nicht verhindern. Das Festival in Bukarest war eine gewaltige Demonstration der fortschrittlichen Jugend der ganzen Welt. Mit 30 000 Teilnehmenden war das 4. Welttreffen eines der grössten.

1955: Warschau



5. Weltfestspiele: Schweizer Fahnen in den Strassen Warschaws. Die Delegation begibt sich zu ihrem Platz am Defilee vom 7. August 1955.

1957: Moskau

Am 6. Festival in Moskau nahmen 34 000 Jugendliche aus 131 Ländern teil, – so viele wie nie zuvor. Während



Moskau 1957: Die Schweizer Festivalteilnehmerin Dunja mit Friedenstaube.

den Weltfestspielen fand neben vielen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen auch ein Filmfestival statt, an dem Spiel- und Dokumentarfilme junger Künstler aufgeführt wurden.

1959: Wien

Für das 7. Festival 1959 in Wien waren heisse Diskussionen typisch. Besonders lebhaft wurde in den internationalen Studentenklubs die Frage diskutiert, ob sich Studenten aktiv am politischen Kampf beteiligen sollen.

Kazuko Karashina, eine junge Einwohnerin Hiroshimas, wandte sich mit ihrer Rede auf der Friedenskundgebung in Wien an alle Festivalteilnehmer: «Ich trage unheilbare Wunden an meinem Körper. Einer meiner Freunde wollte mit uns nach Wien kommen. Während der Reise musste er in ein Hospital eingeliefert werden. Jede Woche sterben bei uns noch Menschen an den Folgen der Atomexplosion vom Jahre 1945. Mütter gebären verkrüppelte Kinder. Ist aber nur das Leben der Menschen aus Hiroshima bedroht? Nein: Wir sind hier, um an die ganze Welt zu appellieren: Kämpft mit uns gegen den Atomtod!»

Das 7. Festival war geprägt von der Auseinandersetzung mit den offenen und versteckten Feinden der Weltfestspiele. Der Versuch reaktionärer, imperialistischer Kräfte, ein «Anti-Festival» zu organisieren, schlug in seiner politischen Zielstellung fehl und brach völlig zusammen.



Der US-Amerikaner Paul Robeson am Festival von Wien bei einem seiner ersten Auslandsauftritte nach jahrelangem Passentzug und Reiseverbot.

1962: Helsinki

«Aus der Schweiz kommend, wo immer noch ein konservativ, einengendes Klima herrschte und politisch immer noch der Kalte Krieg, war es eine grosse Befreiung sich am 8. Festival von Helsinki 1962 plötzlich inmitten von Tausenden jungen, im Kern weltoffenen, ähnlich denkenden und in die Zukunft blickenden Menschen zu bewegen», erinnert sich René Lechleiter.

«Allein schon die Anreise mit der Eisenbahn (!) via Wien und Leningrad bleibt ein unvergessliches Erlebnis. Bei der Ausreise von Schweizer Grenzbeamten noch fichtigt und schikaniert, wurden wir an jeder Haltestelle auf Sowjetischem Boden empfangen wie Helden.

Den tiefsten Eindruck hinterliess für mich die Delegation aus Kuba, das sich erst drei Jahre zuvor von der Diktatur Batistas befreit hatte und nun versuchte, ein neues Land, einen Neuen Menschen hervorzubringen, und sich gleichzeitig aus der Abhängigkeit von der US-Herrschaftsmacht zu lösen.

Eine deutliche politische Lektion erteilte uns auch die «offizielle» Schweiz. Im Wissen um die völkerverbindende Kraft dieses Weltjugendtreffens, und im Misstrauen, dass wir selbstverständlich nicht die Schweiz der Banken und Grossindustriellen vertreten werden, liessen sich Studentenvvertreter und Gewerkschafter um Walter Renschler (dem späteren geschäftsleitenden Sekretär des VPOD) u.a. dazu hinreissen, mit Bundesgelder finanziert eine Gegendelegation aufzustellen, die in Helsinki in einem

60 Jahre Weltjugendfestspiele

Geburtstagsfeier

Samstag, 22. September 2007
17. 30 Uhr

Restaurant Cooperativo
Strassburgstrasse 5, Zürich

(Vom Hauptbahnhof Tram Nr. 3 oder 14 bis Haltestelle Stauffacher)

Programm:

17.30 Uhr: Aperó

18.00 Uhr: Von Prag 1947 bis Caracas 2005

Sechzehnmal aus der Schweiz an die Weltfestspiele.

Erinnerungen, Interviews, Fotos, Musik

20.00 Uhr: Nachtessen, Zusammensein bis zum Ausklang

Es laden ein: Schweizerische Friedensbewegung SFB
und Teilnehmende vergangener Weltjugendfestspiele

Pavillon versuchte, mit jungen afrikanischen Festivalteilnehmern ins Gespräch zu kommen um sie für die «wahre» Schweiz anzuwerben (Stipendienversprechen).»

1965?

Eigentlich sollte das neunte Festival 1965 in Algier stattfinden, wegen dem Putsch gegen die Regierung Ben Belas musste aber ein anderer Austragungsort gefunden werden.

1968 Sofia

Die 9. Weltfestspiele standen im Zeichen der Solidarität damit dem vietnamesischen Volk. Die Delegierten der Jugend der ganzen Welt empfingen Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam und die Abgesandten der nationalen Befreiungsbewegung mit stürmischer Begeisterung und tiefer Sympathie.

Auf der Einladung des Schweizerischen Festivalkomitee hiess es: «Das Festival bezweckt den Austausch verschiedener Ideen im Geiste der Toleranz und der gegenseitigen Achtung. Das Kennenlernen von Kulturen anderer Denkart ohne Diskriminierung politischer, religiöser oder rassistischer Art.»

1973 Berlin

Zur gefeierten und umjubelten Gruppe galt an den 10. Weltfestspielen 1973 in Berlin die Delegation von Chile. Ihr Lied Venceremos symbolisierte den demokratischen Versuch des Aufbaus eines neuen Chile, ohne Hunger und Unterdrückung, des Chile von Allendes Unidad Popular.

Die chilenische Delegation blieb nach dem Festival noch einen Monat in Berlin und machte sich erst am 11. September, dem Tag des Putsches von Pinochet, auf den Heimweg. Bei ihrer Ankunft am Flughafen von Santiago de Chile wurden sie von Pinochets Schergen erwartet und kamen direkt in eines der zahlreichen Konzentrationslager. Wir wissen nicht, was aus ihnen geworden ist.

1978 Havanna

Die Vorbereitungsarbeiten zu den elften Weltfestspielen von Havanna 1978 wurden in der Schweiz getragen von einem Komitee, dem auch die Vereinigung Schweiz-Cuba angehörte. Es setzte sich u.a. zum Ziel, «unter der Schweizer Jugend die Idee der anti-imperialistischen Solidarität zu bestärken und zu verbreiten, den Kampf für Abrüstung und Entspannung zu fördern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu festigen.



1985 Moskau

«Auch wenn es nach dem Genuss der bürgerlichen Berichterstattung über das grösste und bedeutendste Ereignis im internationalen Jahr der Jugend, dem 12. Festival der Jugend und Studenten in Moskau 1985, kaum zu glauben ist, hat doch eine Delegation aus der Schweiz an diesem Festival teilgenommen. Es waren Delegierte aus über 15 verschiedenen Organisationen dabei. In den Tagen des Festivals

sah man Schweizer am Sternmarsch zu Ehren des Sieges über den Faschismus und auch aktiv teilnehmend an den Diskussionen in den verschiedenen Zentren und Hearings. Einem interessierten Publikum zeigten wir den Film: «Die unterbrochene Spur» von Kauer und Frischknecht über die antifaschistische Emigration in der Schweiz.» (Vorwärts, 4. 8. 1985).

1989 Pjöngjang



Die südkoreanische Studentin Rim Su Gyong trifft auf dem Festival den koreanischen Präsidenten Kim Il Sung.

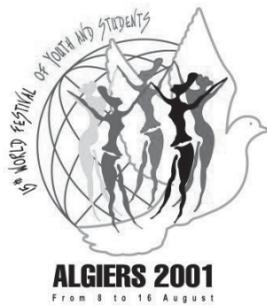
Susana Rim Su Gyong aus Südkorea kam trotz Verbot ans 13. Festival in Pjöngjang 1989. Bei ihrer spektakulären Rückkehr über die Demarkationslinie in Panmunschon, wo sie auch schweizerische Festivalteilnehmende verabschiedeten, wurde sie zusammen mit einem katholischen Geistlichen verhaftet und zunächst zu zehn Jahren Haft verurteilt. Zu ihrer Freilassung wurde in der Schweiz eine Petition lanciert. Nach dreijähriger Haftstrafe wurde die «Blume der Wiedervereinigung», wie sie in Korea noch heute genannt wird, begnadigt und aus der Haft entlassen.

1997 Havanna



Das vierzehnte Festival in Havanna 1997 hat im Vergleich zu früheren unter ganz anderen Bedingungen stattgefunden. Die Situation auf der Welt hatte sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenbundes total verändert. Die erfolgreiche Durchführung der 14. Weltfestspiele, die Wiederbelebung dieses Treffens inmitten neuer Realitäten hat der Festivalbewegung neue Impulse gegeben.

«Schon der Empfang in Kuba war überwältigend», erinnert sich Anna Genitsch. Die Kubaner klatschten, jubelten und winkten uns zu. Man spürte die gegenseitige Freude und Solidarität. In der Heimat oft andersdenkend und unverstanden, war es schön, plötzlich Tausende von Gleichgesinnten aus der ganzen Welt zu treffen. Die grösste teilnehmende Nation war die USA. Die Delegierten flogen über Panama oder Mexiko nach Kuba ein, und die Grenzbeamten verzichteten darauf, ihnen den kubanischen Stempel in den Pass zu drucken. Einige von ihnen wurden bei ihrer Rückreise allerdings am Flughafen schon von der Polizei erwartet.»



Algier 2001

Nur gerade ein einziger Schweizer schaffte es an die 15. Weltjugendfestspiele nach Algier. Die 15. Austragung bleibt die umstrittenste und war geprägt vom Konflikt beispielsweise der irakischen «Staatsjugend» und oppositioneller Jugendgruppen aus dem Irak.

Caracas 2005

Über die erfolgreichen 16. Weltfestspiele von 2005 in Caracas haben wir in der UW ausführlich berichtet (beispielsweise 3/2005).



Und 2009?

Im Rahmen von offiziellen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Weltfestspiele tagte Ende August in Caracas der Generalrat des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ). Auf seiner Tagesordnung stand vor allem die Diskussion über den Austragungsort der nächsten Weltfestspiele, die 2009 stattfinden sollen. Dabei hat das führende Organ der größten internationalen anti-imperialistischen Jugendorganisation die Qual der Wahl, denn neben Indien hat auch Belarus die Austragung des Festivals angeboten. Die endgültige Entscheidung soll bei der nächsten Generalversammlung des WBDJ im Februar in Portugal fallen.



Geburtstagsbroschüre Herausgegeben von der Schweizerischen Friedensbewegung SFB erscheint dieser Tage eine Broschüre von Bruno Margadant mit Berichten von Schweizer Teilnehmenden. Erhältlich ist sie zum Preis von Fr. 18.– plus Porto bei der SFB, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Vor den Miami-Five liegt noch ein langer Weg

Neue Hoffnung?

Am 20. August fand im US-amerikanischen Atlanta eine weitere Anhörung im Verfahren gegen fünf kubanische Aufklärer statt, die international als «Miami Five» bekannt geworden sind. Gerardo Hernández, Ramón Labañino, René González, Antonio Guerrero und Fernando González wurden im Juni 2001 nach einem siebenmonatigen Verfahren in Miami im US-Bundesstaat Florida zu Freiheitsstrafen zwischen 15 Jahren und mehrfach lebenslanger Haft wegen Spionage verurteilt. Tatsächlich hatten sie terroristische Organisationen in den USA beobachtet, um die Informationen nach Havanna weiterzuleiten.

Der Völkerrechtler und international bekannte Jurist Prof. Norman Paech, Mitglied des Deutschen Bundestages, verfolgte zusammen mit dem chilenischen Richter Juan Guzman die Verhandlungen. Uwe Sattler vom ND sprach danach mit ihm.

Von Uwe Sattler

Sie haben als Beobachter an der Anhörung im Prozess gegen die «Miami Five» in Atlanta teilgenommen. Wie haben Sie das Klima der Verhandlung empfunden?

Paech: Das ist für einen Aussenstehenden, der die Atmosphäre amerikanischer Prozesse nicht so gut kennt, schwierig zu beurteilen. Auffallend war jedoch, dass die Verteidiger nur 30 Minuten Zeit hatten, um für 5 Verurteilte ihre Argumentation für eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorzubringen. Von dieser Zeit haben die Richter sogar noch etliche Minuten abgezweigt, indem sie völlig unkoordiniert Fragen stellten, auf die die Verteidiger natürlich antworten mussten.

Beschränkte sich die Anhörung nur auf die Erklärungen der Verteidigung?

Es war ja bereits das zweite Mal, dass die Verteidigung ein Wiederaufnahmeverfahren versucht. Das erste hatte die aus drei Richtern bestehende Kammer, vor der die Anhörung stattfand, auch bewilligt. In der folgenden Berufung hatte dann jedoch das gesamte Gericht von zwölf Richtern diese Entscheidung wieder aufgehoben. Jetzt gab es einen neuen Versuch, wiederum vor der kleinen Kammer. Dabei ging es vor allem um drei Punkte, mit denen ein Wiederaufnahmeverfahren begründet wurde.

Welche Punkte waren das konkret?

Erstens ging es um die Anklage und die Verurteilung wegen Spionage. Zweitens, dies betrifft aber nur drei der Kubaner, wegen Mordes. Den drei Männern wurde bekanntlich vorgeworfen, dass Kubas Regierung zwei Flugzeuge, die unter Verletzung des kubanischen Luftraums Propagandamaterial abwerfen sollten, nach mehrfachen Warnungen abgeschossen hat. Drittens schliesslich ging es um ein «Missverhalten» des Anklägers, der seinerzeit in seinem Schlussplädoyer den Angeklagten ohne jegliche Beweise vorgeworfen hatte, sie wollten die USA angreifen und vernichten.

Die Vorwürfe gegen die «Miami Five» sind nicht bewiesen und erkennbar politisch motiviert. Müsste das nicht auf heftigen Protest in den USA stossen?

Das ist leider nicht so. Dieser Prozess hat so gut wie kein Medienecho.

Allerdings ist vor kurzem ein Interview mit Leonard Weinglass, einem der Verteidiger, in der «New York Times» veröffentlicht worden. Auch in einer Zeitung aus Atlanta wurde auf die Anhörung hingewiesen, allerdings sind dabei die bekannten Vorwürfe wiederholt worden. Insgesamt aber ist die Öffentlichkeit über den Prozess so gut wie nicht informiert.

Bei der Verhandlung waren internationale Beobachter und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen anwesend. Erhöht dies den Druck auf das Gericht, ein faires Urteil zu fällen?

Das nationale Komitee zur Unterstützung der Kubaner ist der Ansicht, dass dies hilfreich ist. Eine internationale Präsenz, wie sie hier aus mehreren europäischen und lateinamerikanischen Staaten sowie Kanada gegeben war, ist auch nach meiner Überzeugung neben der Anwesenheit nationaler Beobachter aus den USA wichtig.

In der zweiten Amtszeit George Bushs war eine weniger aggressive Politik gegenüber Kuba erwartet worden. Das ist offensichtlich nicht eingetreten.

Das ist auf keinen Fall eingetreten. Die Boykottpolitik gegenüber Kuba ist genauso hart und bedingungslos wie früher. Insofern ist auch dieses Verfahren ein Beleg für die nicht nachlassende antikubanische Einstellung der amerikanischen Politik. Das könnte sich höchstens unter dem Nachfolger Bushs ändern. Aber im Augenblick ist die aggressive Stimmung gegenüber Havanna dominierend.

Das Verfahren gegen die «Miami Five» geht bereits über mehrere Jahre. Ist ein Ende abzusehen?

Nehmen wir an, es wird eine Zwei-zu-eins-Entscheidung für die Wiederaufnahme geben – was durchaus wahrscheinlich ist. Dann wird die Gegenseite wieder Berufung einlegen und das genannte Gremium aus zwölf Richtern wird entscheiden. Schliesslich gibt es noch die Möglichkeit des Verweises an den Supreme Court. Vor den «Miami Five» liegt wahrscheinlich noch ein langer Prozess. Und das Schlimme dabei ist, dass die Gefangenen bis zur Rechtskraft des endgültigen Urteils inhaftiert bleiben werden.

(Quelle: ND)

Kennen Sie die unglaubliche Geschichte der fünf Kubaner, die in den USA eingekerkert sind, weil sie Terrorismus verhindert haben?

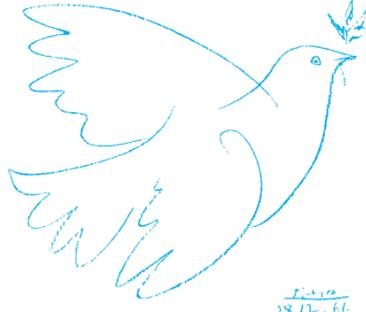
Bitte helfen Sie mit, die Informationsblockade der Bush-Administration zu durchbrechen und unterstützen Sie die internationale Kampagne zur Freilassung dieser politischen Gefangenen!

Informationen: Vereinigung Schweiz-Cuba www.cuba-si.ch

oder an unserem Informationsstand auf dem Casinoplatz in Bern
Samstag, 22. September 2007, 8-16 Uhr

oder an der Informationsveranstaltung im Restaurant Mappamondo, Länggasse 44 in Bern
Montag, 24. September 2007, 19:00 Uhr





Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Kundgebung vom 19. Juni 2007 vor dem Gerichtsgebäude in New York, wo über eine Klage vietnamesischer Dioxin-Opfer beraten wird. Die Demonstranten gehören zur Bewegung «Vietnam Agent Orange Relief and Responsibility Campaign», der u.a. die «Vietnamkriegs-Veteranen für den Frieden» und Vietnamstämmige US-Bürgerinnen und -Bürger angehören (www.vn-agentorange.org).

Agent Orange vor Gericht

USA in der Pflicht

Mit Giftstoffen wollte die US-Armee vor 40 Jahren den Krieg in Vietnam gewinnen. Noch heute leiden viele Menschen unter den Folgen – und fordern Entschädigung.

Von Marina Mai

Mit einer mündlichen Anhörung begann in New York am 18. Juni die Berufungsverhandlung der Vietnamesischen Assoziation der Agent-Orange-Opfer gegen 37 US-amerikanische Chemiefirmen. Mit einem Urteil ist erst in mehreren Wochen oder Monaten zu rechnen.

Die vietnamesische Organisation, die nach eigenen Angaben 4,8 Millionen erkrankte Vietnamesen vertritt, fordert vor Gericht Entschädigungsgelder für gesundheitliche Schäden. Verklagt sind Firmen, die das dioxinhaltige Agent Orange hergestellt hatten, darunter Dow Chemical und Monsanto. Agent Orange ist eigentlich ein Unkrautvernichtungsmittel; es wurde zwischen 1961 und 1971 während des Vietnamkrieges von der US-Armee in riesigen Mengen über weiten Teilen Zentralvietnams sowie über dem sogenannten Ho-Chi-Minh-Pfad an der Grenze zu Laos und Kambodscha versprüht.

Krebs, Erblindung, angeborene Schäden
Die Entlaubung des Regenwaldes galt als militärisches Ziel. Die US-Armee wollte den Regenwald lichten, der der Befreiungsarmee Schutz und Tarnung bot. Nach Angaben der Hanoi-Regierung sollen 76 Millionen Liter Herbizide versprüht worden sein. Die Opferorganisation verklagt die Chemiefirmen, weil die Verfassung der USA eine Klage gegen die Regierung selbst wegen Kriegsfolgen nicht zulässt.

Die Gifte führten zu Krebserkrankungen bei Menschen, die während der Kriegshandlungen damit in Berührung kamen oder Reis und Gemüse von verseuchten Böden gegessen haben. Denn das in den Giften enthaltene Dioxin baut sich nicht ab, es be-

findet sich also noch immer in der Nahrungskette. Noch heute werden deshalb in Vietnam Kinder mit schweren Missbildungen geboren. Agent Orange schädigt auch das Erbgut.

Anfang 2005 verlor die Opferorganisation den Prozess vor dem New Yorker Zivilgericht Federal Court of Brooklyn. Richter Jack B. Weinstein hatte argumentiert, der kausale Zusammenhang zwischen den Giften und den Krankheiten der Kläger sei noch nicht zweifelsfrei erwiesen. Mindestens ein statistischer Zusammenhang ist jedoch in den letzten Jahren in mehreren Studien nachgewiesen worden: Dort, wo viel Gift versprüht wurde, treten Krebs, Erblindung



Nguyen Thi Hong (links), der noch im Juni 2007 in New York vor Gericht aussagte, starb am 7. Juli 2007 in Haiphong an Magenkrebs. Er hinterlässt zwei durch die Folgen der US-amerikanischen Entlaubungsaktion stark behinderte Kinder. Nur kurze Zeit später, am 20. Juli 2007 erlag auch Nguyen Thi Hong, eine weitere der vier Zeugen vor Gericht (rechts), in Ho Chi Minh-City einem Tumor.

und angeborene Schäden besonders häufig auf. Die Opferorganisation ging in Berufung.

Vier ihrer Vertreter waren persönlich in New York und wurden vom Gericht angehört, unter ihnen der 47-jährige Vo Thanh Hai aus dem zentralvietnamesischen Hue. Während des Krieges lebte er in einem stark besprühten Gebiet nahe dieser Stadt. Heute leidet er an einer besonders heimtückischen Vergrößerung der Lymphknoten. Auch den Tod seiner zwei neugeborenen Kinder

schreibt der Mann den versprühten Giften zu. Gehört hat das Gericht auch ehemalige amerikanische GI – nicht als Gegner der Vietnamesen, sondern als von den Giften gleichfalls Geschädigte. Die Kläger wollen erreichen, dass Agent Orange als völkerrechtlich verbotenes Giftgas eingestuft wird. Wird eine Verletzung des Völkerrechts nachgewiesen, dann besteht Aussicht auf Erfolg.

Ein Anwalt der Herstellerfirmen sagte, dass die Unternehmen lediglich nach Anweisungen der Regierung und des Kongresses der USA gehandelt hätten. Deshalb sei laut Rechtsvertreter Seth Waxman die Frage nach einem möglichen Schadenersatz nur auf dem Wege der Diplomatie zu beantworten. Waxman verwies auf den ersten Staatsbesuch eines vietnamesischen Präsidenten in den USA, der zufällig auch in diesen Tagen, zeitgleich mit der Anhörung, stattfand. Dabei geht es allerdings in erster Linie um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten. Vietnam will etwa Ölfördertechnik, Kraftwerk-ausstattungen und Militärtechnik von USA-Firmen erwerben. Das Thema Agent Orange könnte immerhin am Rande auch eine Rolle spielen.

Schuldeingeständnis oder Schlussstrich?

Für die Giftproduzenten schien das Thema indes längst abgeschlossen zu sein. 1984 liessen sie sich auf einen aussergerichtlichen Vergleich mit erkrankten ehemaligen USA-Soldaten ein. Ein Fonds in Höhe von 180 Millionen Dollar wurde eingerichtet, aus dem 300 000 US-Amerikaner Geld erhielten. Ein formales Schuldeingeständnis der Chemiefirmen war damit ausdrücklich nicht verbunden. Sie wollten nur eines: einen Schlussstrich unter die Angelegenheit. Mit einer Klage von betroffenen Vietnamesen hatte damals niemand gerechnet.

Die war vor einem USA-Gericht auch erst möglich, nachdem 1994 das Handelsembargo gegen den einstigen Kriegsgegner gefallen war. Doch auch



Nguyen Thi Hong (links), der noch im Juni 2007 in New York vor Gericht aussagte, starb am 7. Juli 2007 in Haiphong an Magenkrebs. Er hinterlässt zwei durch die Folgen der US-amerikanischen Entlaubungsaktion stark behinderte Kinder. Nur kurze Zeit später, am 20. Juli 2007 erlag auch Nguyen Thi Hong, eine weitere der vier Zeugen vor Gericht (rechts), in Ho Chi Minh-City einem Tumor.

danach hielt es die Hanoi-Regierung lange Zeit für nicht geboten, dass ihre Bürger vor einem USA-Gericht Entschädigung erstreiten. Zuerst sollten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen normalisieren, was Hanoi mit der Hoffnung auf freiwillige humanitäre Leistungen der USA verband.

Diese Hoffnung war nicht unbezweifelbar, solange Bill Clinton Präsident war. Am Ende seiner Amtszeit im Jahre 2000 besuchte er Vietnam und stellte staatliche Wiedergutmachung in Aussicht. Sein Amtsnachfolger

George W. Bush lehnte das vehement ab. Inzwischen ist Bewegung in die Position der Regierung gekommen. Die USA stellten zumindest drei Millionen Dollar für die Entseuchung eines ehemaligen Militärflughafens in Aussicht; ein Tropfen auf den heissen Stein. Auf dem Flughafen war das Gift gelagert worden, bevor es zum Einsatz kam. Noch heute ist in der zentralvietnamesischen Region das Grundwasser dioxinverseucht; Anwohner erkrankten besonders häufig.

Im vergangenen Jahr verpflichtete ein südkoreanisches Gericht die Herstellerfirmen zur Entschädigung von 6800 südkoreanischen Militär veteranen, die die US-Armee während des Vietnamkrieges unterstützt hatten. Sieben Völkerrechtler aus den USA, Frankreich, Deutschland, Indien, Belgien, Benin und der Schweiz haben im April die USA-Regierung zur Zahlung staatlicher Wiedergutmachung

aufgefordert (siehe unten). Sie halten eine Verpflichtung für juristisch zwingend. Anders als die vor Gericht möglicherweise zu erstreitenden Gelder soll die staatliche Wiedergutmachung nicht den unmittelbar betroffenen Opfern zugute kommen. Sie soll es dem Staat ermöglichen, verseuchte Territorien und das Grundwasser zu entgiften. (Quelle: ND)



Picasso, Krieg und Frieden, 1951

Agent Orange: USA muss sich stellen

Aufruf von Juristen

In einem Aufruf von sieben international renommierten Juristinnen und Juristen zur Verantwortung der USA gegenüber den Dioxin-Opfern aus Vietnam heisst es u.a.:

«In einem Zeitraum von zehn Jahren hat die United States Air Force in Vietnam, um dem Gegner Verstecke in Wäldern und Untergrundgebüsch zu entziehen und ihn daran zu hindern, seine Streitkräfte in Stellung zu bringen, um Ernten auf den Feldern zu vernichten und um die lokale Bevölkerung dazu zu zwingen, vom Land in die Städte zu fliehen, 72 Millionen Liter Pflanzenvernichtungsmittel auf einer Gesamtfläche von fast zwei Millionen Hektar Wald- und Reisanbaugebieten versprüht. Von den verschiedenen eingesetzten Mitteln waren 41 635 000 Liter des sogenannten «Agent Orange», das Dioxin enthielt, eine Substanz, die eine Million mal giftiger ist als die mächtigsten natürlichen Gifte, die zu der Zeit bekannt waren, und dessen gesundheitsschädliche Wirkungen so schlimm sind, dass Präsident Roosevelt der US-Armee während des zweiten Weltkriegs seinen Einsatz verbot. (...)

Dioxin ist höchst stabil und wird in der Umwelt nicht abgebaut, bleibt also auf unabsehbare Zeit wirksam. Seine Konzentration im Erdreich, in Böden ebenso wie im Tierfutter, führt dazu, dass die Nahrungskette verseucht wird. Siebzehn Jahre nach dem Ende der Sprühaktionen, ist das Gift immer noch in Früchten, im Gemüse nachweisbar, die auf während des Krieges verunreinigten Böden wachsen. Der «Stellman Report» schätzt die Anzahl der möglichen oder «heimlichen» Opfer auf 4 800 000, ungeachtet der später infizierten Opfer aufgrund der Wirkungen aus der Nahrungskette. Die Zahl der Opfer in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft steigt also auf viele Millionen. Es ist unbezweifelbar, dass in Familien von Agent Orange-Opfern eine unnormale grosse Häufung von Totgeburten, Geburten

von Kindern mit Behinderungen und monströsen Missbildungen zu beklagen ist, und dass auch die zweite und dritte Generation davon betroffen sind. Sogar Menschen, die nicht äusserlich verletzt sind, leiden an dermatologischen und psychiatrischen Krankheiten. (...)

Bezüglich der ökologischen Folgen halten die Juristen fest: «43% der kultivierten Böden wurden vergiftet; 60% der Kautschukpflanzungen und 36% der Mangrovenwälder wurden vernichtet, deren Wiederaufforstung mehr als hundert Jahre dauern wird; Wasservorräte wurden in massivem Ausmass verschmutzt und die gesamte Nahrungsmittelkette wurde für mehrere Jahrzehnte vergiftet. Letztlich werden mindestens 6 250 qkm Land in Südvietnam dauerhaft unbestellbar bleiben. (...)

Durch die schlichte Tatsache, dass C123-Flugzeuge geschickt wurden, um unter Bruch der territorialen Integrität Pflanzengifte über den Wäldern eines fremden Landes zu versprühen, und dass durch diese Handlungen Verletzungen und Zerstörungen verursacht wurden, die gegen die Menschenrechte verstossen, wie immer auch der modus operandi gewesen sein mag, wurde ein illegaler Akt vollzogen, mit dem sich die Vereinigten Staaten selbst für die Folgen verantwortlich gemacht und damit die Pflicht auf sich geladen haben, diese Folgen zu korrigieren.»

Zu den Unterzeichnenden gehören u.a. die Genfer Rechtsprofessorin Laurence Boisson de Chazournes, Prof. Francis Boyle aus den USA und Prof. Norman Paech, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Gegenwärtig läuft eine internationale Unterschriftensammlung zur Unterstützung des Aufrufs.

Der vollständige Text und Unterstützungsformulare sind erhältlich bei der Vereinigung Schweiz-Vietnam, Postfach 8164, 8036 Zürich.